

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Groß-Berlin 16 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Baltikum u. Grenzgebiete sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 30 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 35 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltigen Anzeigenzeilen ober dem Raum kosten 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit

Die Not der Rentenempfänger

Im volkswirtschaftlichen Ausmaß des Reichstags wurde am Donnerstag die Debatte über die Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt. Längere und eingehende Ausführungen über das ganze Elend der Arbeitslosen und das Problem der Fürsorge machte unser Genosse Pöhlmann. Die Statistik der Regierung zählt nur die Voll-erwerbslosen, welche Unterstützung beziehen. Unberücksichtigt bleiben dabei die Ausgesteuerten und die Erwerbsbeschränkten, die zu den Wohlfahrtsstellen, Armenämtern usw. abgehoben werden. Wie groß das Elend dieser letzteren Kreise ist, beweisen folgende Zahlen: Es waren vorhanden 1919: 985 336 Invalidenrentner, 242 615 Altersrentner und etwa 200 000 Unfallrentner, die über 50 Prozent erwerbsbeschränkt sind. Während der Kriegszeit waren diese Rentner fast alle beschäftigt, wie ist es aber heute? Eine Umfrage in der Stadt Frankfurt ergab, daß 70 Prozent der Erwerbsbeschränkten arbeitslos waren und somit bei den niedrigen Bezügen dem Hungertode preisgegeben sind. Soll die Statistik richtig sein, dann müßten diese erwerbslosen Rentner mit aufgeführt werden.

Die Not der Kurzarbeiter

wird gleichfalls immer schlimmer. Genaue Angaben liegen hierüber von der Regierung nicht vor. Die Nachweise des Metallarbeiter-Berbandes geben uns Aufschluß. Von Mitgliedern des Metallarbeiter-Berbandes waren gemeldet: Frankfurt: Arbeitslos 700, Kurzarbeiter 4000. Dresden: Arbeitslos 1801, Kurzarbeiter 1811; weitere Tausende müssen 1-2 Tage pro Woche aussehen. Rimmilshau: Arbeitslos 300, Kurzarbeiter 3000. Belbest: Arbeitslos 2800, Kurzarbeiter 4000. Oberswalde und Umgegend: Arbeitslos 600, Kurzarbeiter 2000. Solingen: Arbeitslos 2227. Von den Zehntausenden Beschäftigten sind 70 Prozent Kurzarbeiter. In Limbach arbeiten 1700 schon über Jahresfrist nur noch drei Tage pro Woche. Ueber großen Umfang von Kurzarbeit wird aus Stendal berichtet. Es ist bedauerlich, daß die Regierung diese Zustände der Öffentlichkeit vorenthält.

Der Vertreter der Regierung hat gestern die Wirtschaftslage zu günstig beurteilt. Bei der Rohle Rückgang der Förderung,

beim Eisen Stilllegung von Hochofen, in der Metallindustrie ist die Lage trostlos. Auf den Schiffswerften müssen die angekündigten Entlassungen von 30-40 000 Mann katastrophal wirken. In der Textilindustrie bleibt der trostlose Zustand des völlig unzureichenden Beschäftigungsgrades bestehen, daselbst gilt von der Holzindustrie. Im Baugewerbe hat eine große Abwanderung stattgefunden wegen des totalen Dar-niederliegens der Bautätigkeit. Von der Zementindustrie wird berichtet, daß die jetzige Leistung nur ein Fünftel der Leistungsfähigkeit beträgt.

Wie kommen wir zur Befundung?

Mit Geld ist nicht allein gedient, es muß Arbeit geschaffen werden. Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist ein Mittel und damit komme ich zur Umstellung der Industrie, von der gesprochen wurde. Bei dem Mangel an Kohle muß die Wasserkraft voll ausgenutzt werden für Erzeugung der Elektrizität, aber nach einem bestimmten Plan, nicht wie der Donau-Rain-Kanal, der in 10 Jahren noch Projekt bleibt. Die Stilllegung im Erzbergbau, im Düll- und Lahngelbiet, wo riesige Mengen Erz lagern und Tausende brotlos sind, weil ausländische Erze eingeführt werden, ist kennzeichnend. Die Vorgänge in der Rastindustrie be-funden die völlige Zerfahrenheit und Anarchie der Wirtschaftsweise. Schärfster Protest muß eingelegt werden gegen die Absicht des Abbaues der Wäyne unter Hinweis auf andere Länder, wo im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft ein Lohnabbau durchgeführt sei, während doch gerade die Lohnkämpfe im Ausland, besonders England, das Gegenteil beweisen. Es muß produktive Arbeit in Angriff genommen werden. Soweit aber die Arbeitslosen nicht beschäftigt werden können, müssen sie ausreichend unter-führt werden.

Nach kürzeren Darlegungen einiger Regierungsvertreter wurden die Verhandlungen vertagt. Bemerkenswert ist, daß die Kommunisten weder am Mittwoch noch am Donnerstag zu den Beratungen erschienen waren. Wo es gilt, praktisch für die Arbeitslosen einzutreten, da fehlen sie.

Schiffer entlarvt

Wiederum erlebte der Reichstag gestern eine Justiz-debatte. Wahrscheinlich werden sie in diesem hohen Hause solange stattfinden müssen, als die herrschenden Klassen über die Macht verfügen und „Recht“ zu sprechen haben. Das Bedürfnis aber, vor der Öffentlichkeit die außerordentlich zahlreichen Klagen über die Ausbreitungen der Justiz vorzubringen, wird besonders stark sein, solange ein solcher „Demokrat“ wie der Reichsjustizminister Schiffer an der Spitze des deutschen Justizwesens steht.

Daß unter seiner Leitung nur Rückschritte in der Justizfrage zu erwarten sind, dafür lieferte er selber, wenn auch unfreiwillig, gestern neue Beweise. Der Reichstag hat bekanntlich bei der allgemeinen politischen Aussprache, als er den unabhängigen Antrag auf Erlass einer Amnestie ablehnte, den Antrag der Rechtssozialisten angenommen, der den Reichsanzler ersuchte, die Urteile der Ausnahmegerichte durch eine besondere neu zu schaffende Stelle nachzuprüfen zu lassen. Wenn auch dieser Antrag damals nur mit den sozialistischen Stimmen und mit der Unterstützung eines Teils des Zentrums angenommen wurde, so durfte man doch erwarten, daß die Regierung, also in diesem Falle der Reichsjustizminister, einem verfassungsmäßig zustande gekommenen Beschluß der Volksvertretung Folge leisten würde. Herr Schiffer aber lieferte gestern den Beweis des Gegenteils. Auf die Anfrage des Genossen Rosenfeld, daß bisher von der Tätigkeit dieser Nachprüfungsstelle nichts zu spüren sei, bestritt mit einem Male Herr Schiffer, daß der Beschluß des Reichstags die Worte enthalte, wonach eine besondere Stelle zur Nachprüfung der Gnadengesuche geschaffen werden soll. Er wurde aber auf der Stelle entlarvt, da der rechtssozialistische Abgeordnete Radbruch Rosenfelds Darstellungen ausdrücklich be-stätigte und die Anschauungen des Justizministers für falsch erklärte. Er fügte ferner hinzu, daß die Rechtssozialisten sich mit diesem Antrag an den Reichsanzler gewandt hätten gerade in der Absicht, daß eine besondere Nachprüfungsstelle geschaffen werde. Nun mit einem Male kam Schiffer mit einer neuen Ausrede: ein in diesem Sinne gestellter Antrag sei verfassungswidrig. Aber auch mit dieser Ausrede hatte er wenig Glück, denn mit Recht wies Herrmann Müller darauf hin, daß der Begnadigungsakt nach der Verfassung durch den Reichspräsidenten ausgeübt werde, von dem es also abhängt, ob er mit den Vorbereitungen dafür den Reichsanzler oder den Justizminister beauftragen wolle. Schiffer blieb daraufhin die Antwort schuldig. Man wird daraus aber nicht schließen dürfen, daß er nun den Widerstand gegen die Begnadigungen aufgeben wird. Ein „Demokrat“ wie er, was schert sich der um Beschlüsse der Volksvertretung! Und seine demokratischen Freunde werden wahrscheinlich genau so denken wie er.

Schanddemokraten

Die Fraktion der U. S. P. D. hatte im Bayerischen Landtag den Antrag gestellt, die Abgeordneten Toller, Nietlich, Eisenberger, Sauber, Hagemeister und Schmidt, die wegen politischer Vergehen zu Festungshaft verurteilt sind, aus der Haft zu entlassen, damit sie den Auftrag ihrer Wähler erfüllen können. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages lehnte den Antrag gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien ab. Der deutschnationale Abg. Dr. Hilpert betonte dabei, daß der Landtag sich selbst aufgeben würde, wenn er diesen Leuten, die dem Parlament das Lebenslicht ausblauen wollten, die Möglichkeit geben würde, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen.

Die Vergehen, derenwegen die Abgeordneten abgeurteilt worden sind, wurden in der Hauptsache während der Münchener Rätezeit begangen, d. h. die bayerischen Gerichte konstruieren aus der politischen Betätigung der genannten Personen ein strafbares Verbrechen. Nachdem die Kappisten amnestiert worden sind und in Bayern, soweit sie überhaupt verfolgt worden, Unrecht genießen, müßte die Entlassung der sozialistischen Abgeordneten eine selbstverständliche Pflicht des Parlaments sein, wenn eben in Deutschland, und zumal in Bayern, nicht zweierlei Rechtsauffassungen obwalten würden.

Jedenfalls steht fest, daß das Parlament heute weit mehr von den bayerischen Kappisten als von den Kommunisten bedroht wird und daß es deshalb auch von diesem Gesichtspunkte aus weit besser für die Republik wäre, die Verhafteten zu entlassen und die Kappisten dafür einzulassen. In England, das heute nichts weiter ist als eine verfallene Monarchie, wird sich zu diesem Standpunkt freilich nicht ohne weiteres aufschwingen können. Aber es ist charakteristisch, daß auch die bayerischen Demokraten gegen den Antrag der U. S. P. D. auf Entlassung der inhaftierten Abgeordneten stimmten. Eine saubere Zukunft! Wir sind neugierig, wie sich die demokratische Presse zu diesem Fall verhalten wird.

Die nächste Sitzung des Obersten Rates

E. E. London, 23. Juni.

Der Oberste Rat der Allierten dürfte voraussichtlich am 15. Juli wieder zusammentreten. England wird dabei die Forderung erheben, daß die Frage der Sanktionen endgültig gelöst werde. Weiter wird England verlangen, daß die Zolllinie am Rhein schrittweise aufgehoben werde, in dem Maße, wie Deutschland sich seiner ersten Verpflichtungen in Uebereinstimmung mit dem Londoner Abkommen entledigt, wird die Rheinzolllinie auf dem rechten Ufer aufgehoben. Später soll dann die Linie aufwärts Duisburg und Düsseldorf geräumt werden. Die Fristen für die Aufhebung dieser Sanktionen werden noch festzusetzen sein. Der Oberste Rat wird sich auch mit Oberkassien beschäftigen, und auch die Orientfragen werden besprochen werden müssen.

Der neue portugiesische Gesandte in Berlin. Für den vor ein-iger Zeit verstorbenen Dr. Lambertini Pinto ist Dr. Costa zum portugiesischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Der englische Grubenstreik

Eine neue Phase

Der Streik der englischen Bergarbeiter hat eine neue überraschende Wendung genommen. Während die gesamte Öffentlichkeit in England und anscheinend auch die Exekutive der Bergarbeiterunion nahezu mit Sicherheit angenommen hatten, daß die Grubenarbeiter den neuen Einigungs-vorschlägen in der Abstimmung am 15. Juni zustimmen würden oder daß zum mindesten die erforderliche Zwei-drittelmehrheit zur Fortsetzung des Streiks nicht erreicht werden würde, hat sich nur eine kleine Minderheit für den Frieden, eine überwältigende Mehrheit für die Fortsetzung des Kampfes ausgesprochen. Von den 957 610 Mitgliedern der Union haben 616 338 abgestimmt. Davon votierten 432 511 gegen und nur 183 827 für die Annahme der Einigungsvorschläge.

Der Kampf geht also weiter. Die Massen der Bergarbeiter haben sich gegen die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden, und zwar in einem Augenblick, da die Arbeit bereits nahezu acht Wochen ruht. Damit haben sie ein außerordentliches Zeichen von jäher Ausdauer und unbegreiflichem Kampfesmut gegeben. Dennoch ist niemand mit der dadurch geschaffenen Lage zufrieden. Eine Ent-schließung, die unter anderen Umständen einen gewaltigen Eindruck auf die ganze bürgerliche Welt hätte machen müssen, hat einstweilen auf beiden Seiten nur Bestür-zung hervorgerufen. Der Kampf soll weitergehen. Das ist unverrückbarer Beschluß. Aber niemand in England weiß ein Mittel zu nennen, um ihn zum erfolgreichen Ende oder nur zu einem günstigeren Abschluß zu führen, als die Vorschläge gebracht hätten, die am 15. Juni zur Abstimmung standen und deren wesentlichen Inhalt wir in unserer Aus-gabe vom gleichen Tage dargestellt haben.

Wir haben damals schon gesagt, daß die englischen Bergarbeiter vor einer schweren Entscheidung standen. Die zur Abstimmung gestellten Vorschläge mußten als ein Ultimatum gelten. Die Regierung hatte aus öffent-lichen Mitteln 10 Millionen Pfund Zuschuß zu den Löhnen in Aussicht gestellt, aber nur für den Fall, daß bis zum 18. Juni eine Einigung zustande kommt. Das hat es den Grubenbesitzern leicht gemacht, für die nächste Zeit bessere Löhne in Aussicht zu stellen, als sie aus eigenem zu zahlen bereit waren. Dadurch ist ihr Ansehen bei der öffentlichen Meinung, deren Reaktionen in Eng-land bei Arbeitskämpfen stets mitbestimmend ins Gewicht fallen, gestiegen. Sie gelten nun als der entgegen- kommende, die Arbeiter als der ablehnende Teil. Der Zwang zur Initiative ist damit der Arbeiterorganisation aufgehoben, während die Grubenbesitzer mit veränderten Armen der kommenden Dinge harren können. Die sehr darniederliegende englische Wirtschaft hat den Kohlenstreik acht Wochen lang ertragen, und so können die Grubenbe-sitzer hoffen, auch noch einige Zeit durchzuhalten.

Das versteht die Leitung der Bergarbeiterunion in eine recht unerquickliche Lage, die dadurch nicht angenehmer wird, daß unter den Bergleuten und in den führenden Kör-perschaften der Union durchaus keine Einigkeit über die anzuwendende Taktik besteht. Nach allen vorlie-genden Nachrichten war die Mehrheit der Exekutives für die Annahme der nunmehr abgelehnten Vor-schläge. Sie hat es aber unterlassen, dieser Meinung Aus-druck zu geben. Die Exekutive hat den Bergleuten weder die Annahme noch die Verwerfung der Vorschläge empfoh-len, was nur ein Zeichen dafür ist, daß die zur Beendi-gung des Kampfes neigende Führung mit einem ihrer Auffassung günstigen Ergebnis der Abstimmung ge-rechnet hat.

Ihre Enttäuschung ist daher um so größer und ihre Lage um so unbequemer. Beides äußerte sich zunächst in einer auffallenden Unentschlossenheit der Exekutive. Die Regierung wäre nun in der Lage gewesen, die Situation zu erleichtern, wenn sie den Ablaufstermin für ihr 10-Millionen-Zugeständnis verlängert hätte. Das hat sie abgelehnt. In einem Schreiben an die Leitung der Union hat die Regierung erklärt, daß ihr Versprechen mit dem Ende der vorigen Woche erloschen ist.

Somit hat die Bergarbeiterunion folgende Aufgabe zu lösen: Sie hat durch die Fortsetzung des Kampfes die Grubenbesitzer zu erhebllich größeren Zu-geständnissen zu zwingen, als sie durch die zur Abstimmung gestellten Einigungsvorschläge gegeben waren. Es darf nie vergessen werden, daß die in diesen Vorschlägen angebotenen Löhne nur darum eine einigermaßen erträg-liche Höhe hielten, weil den Grubenbesitzern die 10 Millionen Pfund aus der Staatskasse zugebilligt waren. Fallen diese fort, dann müssen die Grubenbesitzer den gesamten Lohnbetrag von sich aus zahlen, wozu sie ohnehin wenig Neigung haben. Die Abstimmung aber hat nun ge-zeigt, daß die Grubenarbeiter auch diese unter der Voraus-setzung des Staatszuschusses angebotenen Löhne als zu niedrig ablehnen. Das heißt nun — nachdem die Regierung durch die Streichung der 10 Millionen die Berg-arbeiter sich endgültig selber überlassen hat —, daß die Fort-setzung des Kampfes erhebllich höhere Löhne, als eben zur Abstimmung gestellt waren, und damit weitere

große Zugeständnisse der Grubenbesitzer erzwingen soll. Das wird keine leichte Arbeit sein.

Unmittelbar nach der Abstimmung bestand in England die Hoffnung, die Bergarbeiter würden die Arbeit trotz des für den Kampf geltenden Abstimmungsnotums dennoch aufnehmen, um des Staatszuschusses nicht verlustig zu gehen. Diese Auffassung gründete sich auf die Stimmenthaltungen, die zuerst sehr groß erschienen und nach den endgültigen Zählungen zwar immer noch erheblich, aber nicht mehr entscheidend sind. Inzwischen zeigt sich, daß die Bergarbeiter gar nicht daran denken, in solcher Weise gegen die einem jeden englischen Arbeiter in Fleisch und Blut übergegangenen Gebote der Solidarität zu verstoßen. Nirgends ist die Arbeit wiederaufgenommen worden. Nachdem sich so die Hoffnung auf massenhaften Streikbruch als vergeblich herausgestellt hat, haben die Grubenbesitzer von neuem beschloffen, die Gruben zu sperren. Sie glauben warten zu können.

Die englischen Bergarbeiter werden ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um ihr Ziel zu erreichen. Der Gegner ist zäh und unnachgiebig. Acht Wochen erträgt die englische Wirtschaft den Kohlenstreik bereits, was von neuem für eine gewaltige Widerstandskraft der kapitalistischen Ordnung Zeugnis ablegt, eine Lehre, die auch für uns gilt. Die Exekutive der Bergarbeiterunion hat inzwischen beschloffen, mit den anderen Gewerkschaften, die sich gegenwärtig in Lohnstreitigkeiten befinden, in Verbindung zu treten, um einen Weg zu gemeinsamem Handeln zu suchen. Gelingt es, dem auf Lohnabbau ausgehenden Unternehmertum auf solche Weise eine geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegenzustellen, so wird davon auch der Kampf der Bergarbeiter neue Stoßkraft empfangen. Unsere ganze Sympathie gehört diesen unergründlichen Kämpfern, die der Arbeiterklasse der Welt ein großes Beispiel geben.

Eine Rede Hodges

CC. London, 23. Juni.

Die Blätter veröffentlichen heute eine zweite Rede Hodges, deren ruhige ernste Sachlichkeit anerkannt wird. Hodges erklärt darin, weder das Verlangen des Dreierbundes noch die ausgebliebene Hilfe anderer Kreise seien schuld daran, wenn die Grubenarbeiter in ihrem Kampfe unterliegen würden, der ihnen mit Naturnotwendigkeit aufgezwungen wurde, und dessen Durchkämpfen bis zum letzten eine moralische Mission der Bergarbeiterklasse wäre. Hodges gab zu, daß die Arbeiter am Ende ihrer materiellen Kräfte seien, und erklärte, daß sie sich alle klar seien, daß weder die Partei noch die Gewerkschaftsleitung oder aber die Genossen der anderen Industriezweige die Schuld an ihrer Niederlage tragen, sondern einzig und allein die Regierung, die diesen Gang der Dinge geschaffen habe. Deshalb müsse die Arbeiterschaft den politischen Kampf bis zum letzten gegen die gegenwärtige Regierung ausfechten.

Der Vollzugsausschuß des Verbandes der Bergleute ist heute in London zu einer Sitzung zusammengetreten. Eine gemeinsame Sitzung der Führer der Trade Unions, die gegenwärtig in Lohnkämpfen stehen, und der Bergleute wird am Sonnabend in London stattfinden.

Oberschlesien

Die Beantwortung und Befprechung der von den Rechtsparteien im Reichstag eingebrachten Interpellation über Oberschlesien ist auf Wunsch der Regierung einstweilen hinausgeschoben worden. Die Interpellanten haben sich mit dieser Vertagung einverstanden erklärt auf Grund des Berichtes der aus Mitgliedern der Regierungsparteien bestehenden Kommission, die in diesen Tagen in Oberschlesien gewesen ist, um mit dem General Hoefler und dem deutschen Zwölfertauschschuß Fühlung zu nehmen. Man will die Verhandlungen nicht stören, die zurzeit zwischen dem Führer des deutschen Selbstschutzes und der Interalliierten Kommission über den Räumungsplan schwelen. General Hoefler und der englische General Henneder sind sich über ein Projekt einig geworden, nach dem sich die Inzurgenten und der deutsche Selbstschutz allmählich in Etappen bis zur Landesgrenze resp. der Grenze des Abstimmungsgebietes zurückziehen. Es kommt jetzt nur noch darauf an, daß diese Umarmung die Billigung der Interalliierten Kommission findet, und daß ihr entsprechend von den deutschen sowohl wie von den polnischen Truppen gehandelt wird.

Nach den Mitteilungen der erwähnten Kommission soll bei der Leitung des Selbstschutzes sowohl wie bei dem Zwölfertauschschuß jetzt der beste Wille vorhanden sein, und wir möchten nur hoffen, daß die Kommission sich in dieser Beziehung nicht täuscht, und daß nicht zuletzt doch noch Rücksichten des militärischen und politischen Prestiges, die in höchst überflüssiger Weise in den letzten Wochen geltend gemacht worden sind, störend dazwischentreten.

Die für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nach Oberschlesien entsandten Genossen Fimmen, Amsterdamer und Jouhaux-Paris haben in ihren Besprechungen, die sie mit Vertretern der deutschen Sache hatten, leider keinen durchwegs günstigen Eindruck erhalten. Sie fanden viel Unverständlichkeit und viel Großsprecherei. Einem Vertreter des „Vorwärts“ gegenüber haben sie sich besonders abfällig über das Verhalten des deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission in Oppeln, des Grafen Prashma, geäußert. Der Herr Graf, der nur ein paar Minuten für die Delegation übrig hatte, zeigte sich von absolutester Unverständlichkeit, und auf den Einwand der beiden Genossen hin, daß die Unterdrückungspolitik, die er empfehle, schon wegen der verhältnismäßig geringen Truppenzahl, über die die Interalliierte Kommission verfüge, schwer durchzuführen und außerordentlich langwierig sein würde, antwortete er: „Die alliierten Truppen haben ja Tanks.“

Dieser Appell an die Tanks ist in der Tat die denkbar ungeeignetste Methode, eine Beruhigung in Oberschlesien herbeizuführen. Es darf dort wirklich jetzt nur den Versuch geben, auf dem Wege der Verständigung zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Alle deutschen Stellen haben das stärkste Interesse daran, die englischen Ausgleichsbemühungen zu unterstützen; denn das allein bietet uns wenigstens eine gewisse Gewähr dafür, daß auch bei der schließlichen Entscheidung über die politische Zukunft Oberschlesiens dem deutschen Standpunkt einigermaßen Rechnung getragen wird.

Vor allem an die Arbeiter ist immer wieder die Aufforderung zu richten, sich in keiner Weise durch die nationalistischen Strömungen, mögen sie von der deutschen oder der polnischen Seite kommen, mitreißen zu lassen, und wir können es nur begrüßen, wenn auch Fimmen und Jouhaux diese Mahnung in einem Ausruf unterstützen, den sie an die deutschen Proletarier richten. Er hat folgenden Wortlaut:

Die Delegation der Gewerkschaftsinternationale, die aus Oberschlesien zurückkehrt, ist der Ansicht, daß die Lösung der dortigen

Die Befoldung der Beamten

Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses

Der große Umfall

Der 23. Ausschuh des Reichstags beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit der endgültigen Regelung der Ortsklasseneinteilung zur Beamtenbefoldung. Angeht die berechtigten Beamtenbefoldung, die unter der Beamtenschaft in allen Gebieten Deutschlands mit der vorläufigen ganz unhaltbaren Eingruppierung der einzelnen Orte besteht, wurde in einer der letzten Ausschuhssitzungen ein interfraktioneller Antrag eingebracht, in dem mit Ausnahme des Zentrums von allen übrigen Parteien die Verminderung der fünf in drei Ortsklassen gefordert wurde. Nachdem sich ein Regierungsvertreter gegen eine grundsätzliche Änderung des jetzigen Zustandes gewandt hatte, begann aber bereits der Umfall, indem man den interfraktionellen Antrag „zurückstellte“, um — wie so schon gesagt wurde — den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Am 22. Juni fand dann die entscheidende Sitzung statt, nachdem man in zwischen interfraktionelle Verständigungsversuche angestellt hatte, zu denen natürlich nicht alle Parteien zugezogen worden waren. In der offiziellen Ausschuhssitzung bemühten sich die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und des Zentrums die „Einmütigkeit“ dadurch herzustellen, daß unter Umgehung einer grundsätzlichen Entscheidung über die Zahl der Ortsklassen folgender Kompromißantrag der Volkspartei warm empfohlen wurde:

„Der Ausschuh ist mit Rücksicht auf die sonst unausbleiblich erhebliche Verzögerung in der Verabschiedung des Gesetzes damit einverstanden, daß die weiteren Vorarbeiten für das endgültige Ortsklassenverzeichnis auf der Grundlage von fünf Ortsklassen erfolgt. Dieser Beschluß bedeutet nicht (? Die Red.) eine grundsätzliche Stellungnahme.“

Der Ausschuh geht dabei aber von der ausdrücklichen Voraussetzung aus, daß gleichzeitig mit der Verabschiedung des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses die gegenwärtige den bestehenden Verhältnissen keine Rechnung tragende Staffellung der Kinder und der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen in Wegfall kommt.“

In einem Zentrumsantrag wurde durch eine Ergänzung zum zweiten Absatz mit den Worten „beziehungsweise gemildert wird“ wiederum eine Verschärfung der Spannungen versucht. Die Zentrumsfraktion offenbarte die Schwäche ihres sachlichen Standpunktes bereits dadurch, daß sich Dr. Höhle trampfhaft bemühte, den vorerwähnten Kompromißantrag als den „weitergehenden“

zuerst zur Abstimmung zu bringen. Erst durch das entschiedene Eingreifen unserer Genossen Aufhäuser und Breunig gelang es schließlich, zunächst eine grundsätzliche Entscheidung über den Antrag auf Verminderung der Ortsklassen von fünf auf drei zur Abstimmung zu bringen. Er wurde mit den Stimmen der Volkspartei, des Zentrums und eines Teiles der S. P. D. gegen U. S. P. D., Demokraten, Deutschnationalen und einen Teil der S. P. D. mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten fehlten in dieser entscheidenden Sitzung. Nachdem dann der Verwässerungsantrag des Zentrums abgelehnt worden war, erklärte das Zentrum, sich an weiteren Abstimmungen nicht mehr beteiligen zu wollen, um schon zwei Minuten später doch wiederum gegen den ihm zu wenig verwässerten Kompromißantrag zu stimmen. Die schlaun Zentrumstaktiker liehen ihre Freunde von der Volkspartei plötzlich im Stich, nur um nicht mit ihnen allein die Verantwortung für das ungeliebte Kompromißtragen zu müssen, nachdem die Kinderbeihilfsparteien der Dreiklassen-einteilung zugestimmt hatten. Hier zeigte sich deutlich denn je, daß die Beamtenspolitik des Zentrums und damit der christlich-nationalen Beamtensbewegung überhaupt vorwiegend von agitatorischen Parteierwägungen getragen ist.

Die Abgeordneten der U. S. P. Aufhäuser und Breunig hatten eingehend nachweisen können, daß bei gutem Willen der Regierung ein systematischer Neuaufbau von drei Ortsklassen auf Grund des bereits vorliegenden statistischen Materials über die Teuerungszustände der Orte und Wirtschaftsgüter sehr wohl bis zum 1. Oktober durchführbar wäre und auch das vom Regierungsvertreter angewandte Schreckgespenst der Mehrbelastung keineswegs durchschlagend sein könne. Die Mehrheit des Ausschusses hatte es aber nicht nötig, in eine gründliche Prüfung der finanziellen Tragweite unseres Antrages einzutreten. Der Umfall war eben schon vor der Ausschuhssitzung so gut wie beschloffen. Der Hinweis des Genossen Aufhäuser, daß das künftige Ortsklassenverzeichnis keine reine Beamtentrage sei, sondern daß auch die Staffellung der Erwerbslosenunterstützung der Arbeiter und andere soziale Fragen unmittelbar von den Ausschuhbeschlüssen berührt würden, blieb deshalb gleichfalls unberücksichtigt, wenngleich sachlich von keiner Seite widersprochen werden konnte.

Die Annahme des vorerwähnten Kompromißantrages wird nichts daran ändern können, daß die durch die bisherige Klassen-einteilung bedingten sozialen Härten weiterhin vermerkt werden. Die organisierten Beamten haben wieder einmal vergeblich protestiert und demonstriert. Der Reichstag hat die Ortsklasseneinteilung erörtert und es bleibt bei den bestehenden fünf Ortsklassen, weil die Bürokratie am Prinzip der Gewöhnung festhält. Es haben Berge geteigt und ein Mäuslein geboren.

Die Opfer von Mont Genis

Herne, 23. Juni.

Von den in Krankenhäusern untergebrachten 70 Verletzten der Zeche Mont Genis sind bis vormittags 10 Uhr insgesamt fünf gestorben. Bei weiteren fünf Schwerverletzten ist der Zustand nicht unbedenklich. Aus dem Bergmannsheil in Bochum konnten gestern von insgesamt 25 Verletzten 7 entlassen werden; weitere Entlassungen werden heute erfolgen. Im katholischen Krankenhaus Sodingen-Boernig sind 32 Verletzte untergebracht, darunter ein Schwerverletzter. Aus dem katholischen Krankenhaus in Herne konnten die dort befindlichen 9 Verunglückten sämtlich entlassen werden. Im evangelischen Krankenhaus sind 4 Verletzte untergebracht, für die keine Lebensgefahr besteht. Bis jetzt sind 81 Tote festgestellt. An den Rettungsarbeiten hatten die Rettungskolonnen der benachbarten Zechen Shamatz 1/2 und 3/4, Erin, Konstantin (zwei Schachtanlagen), Ewald, Teutoburgia, Vöhringen, Friedrich-der-Große, Julia und v. d. Heide hervorragenden Anteil. Die Beibaltung der Opfer des Grubenunglücks findet am 24. Juni statt.

Baugewinne

Aus Bochum wird uns geschrieben: Die Gewerkschaft ist am 13. September 1874 gegründet worden. Der Sitz war ursprünglich Herne und ist später nach Solingen verlegt worden. Die Grube gehört zu den reichsten des Reviers. Die Gewerkschaft besitzt die Steinkohlenfelder Dörenas I, Eugenie, Mathilde I, Louis und Jerome, konsolidiert unter dem Namen „Mont Genis“ mit einem Gesamtgrubenfeld von 5 165 000 Quadratmetern. Durch Pachtertrag baut die Zeche noch einen Teil des angrenzenden Grubenfeldes Veronika ab. Die Zeche Mont Genis verfügt über einen gewaltigen Kohlenreichtum an Gas, namentlich aber an Fettkohlen. Von sachmännlicher Seite wird der Kohlenvorrat bis zu einer Tiefe von 1000 Metern auf 30 000 000 Tonnen Gas Kohlen und 115 000 000 Tonnen Fettkohlen geschätzt. Im Jahre 1903 kaufte die Gewerkschaft die Zeche Sommerdänker Tiefbau lediglich zu dem Zweck, sie sofort stillzulegen, um die Sonditatsbefreiung von 175 000 Tonnen auf die Zeche Mont-Genis zu übertragen. Die Gewerkschaft hat fünf Schächte, davon zwei Doppelschächte, einen einfachen Schacht und zwei Weilerschächte. Die Belegschaft auf Schacht II beträgt 1632 Mann und 54 Beamte. Auf Schacht III 3418 Mann und 102 Beamte. Im Jahre 1916 erwarb die Zeche den Schullischen Hof in Sodingen, bestehend aus 82 Morgen Land, Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Der Gesamtbesitz beträgt 158 Hektar (615 Morgen). Die Arbeiterkolonie besteht aus 300 Häusern mit 1500 Wohnungen. Die Beteiligungsziffer am Rheinisch-westfälischen Kohlenindustrialfonds beträgt 905 000 Tonnen Kohlen und 300 000 Tonnen Koks. Die Zahl der Kuxe ist 1000. Der Kurs derselben bewegte sich wie folgt: Im Jahre 1914 13 800 M., 1917 24 700 M., 1918 30 000 M. und augenblicklich 60 000 M. pro Stück. Im Jahre 1917 gingen von den 1000 Kuxen 651 für 38 000 M. pro Stück an die Röchlingschen Eisens- und Stahlwerke in Völklingen über.

Die Zeche, die nahezu hundert dinstig entlohnten Grubenklaven zum Grub wurde, ist also für die Besitzer ein glanzvolles Geschäft. Um es zu steigern, wurden die Sicherheitsmaßnahmen im Kriege vernachlässigt. An den Riesengewinnen, die sich in der Steigerung der Kurse ausdrücken, steht also das Blut der in der brennenden Grube Umgekommenen.

Volksschullehrer und Hochschulfstudium

Von zuständiger Stelle wird den V. V. R. geschrieben: Seitdem das Dienstentkommen der Volksschullehrer aus der Landeskassenkasse gestrichelt wird, sind die Schulverbände nicht mehr besorgt, die Weitergewährung des Gehalts an einen zum Studium beurlaubten Lehrer zu beschließen. An die Stelle der Schulverbände ist vielmehr der Kassenanwalt der Landeskassenkasse getreten. Der preussische Unterrichtsminister hat daher angeordnet, daß, wenn die Weiterzahlung des Dienstentkommens abzüglich der Stellvertretungskosten erwünscht erscheint, vor einer Zulassung nach dieser Richtung hin eine Auserkung des Kassenanwalts der Landeskassenkasse herbeizuführen ist. Für eine derartige Beurlaubung kommen nur endgültig und einseitig angestellte, nicht aber auftrags- und vertretungsweise beschäftigte Lehrer in Betracht. — Diese Anordnung trägt lediglich der durch Entlass des Volksschullehrer-Dienstentkommengesetzes geschaffenen staatsrechtlichen Lage Rechnung; eine sorgfältige und entgegenkommende Behandlung der Beurlaubungsgesuche ist nach wie vor zu erwarten.

Japan und die Einschränkung der Rüstungen zur See. Der amerikanische Vorkämpfer in London erklärte in einem Interview, daß Japan bereit ist, mit England, Amerika und Frankreich über die Frage der Einschränkung der Rüstungen zur See zu verhandeln.

Borgänge in einer Politik der Veröhnung und der Verständigung zwischen den Arbeitern beider Sprachen liegt. Sie ist der Meinung, daß die von gewissen deutschgesinnten politischen, religiösen und militärischen Persönlichkeiten empfohlene Unterdrückungspolitik nicht allein einen psychologischen Irrtum darstellt, sondern auch eine Fülle von schwersten Gefahren für die nächste Zukunft enthält. Die Arbeiter sollten sich also nicht einer derartigen Auffassung anschließen, und darüber hinaus sollten sie diese Auffassung energisch bekämpfen. Eine solche Politik könnte nur der deutschen Sache Schaden und den militärischen Elementen eine Möglichkeit verleihen, an Prestige zu gewinnen, zum alleinigen Nutzen der Reaktion im Innern Deutschlands.“

Wir müssen nun zunächst den weiteren Verlauf der Dinge abwarten. Es handelt sich bei alledem ja nicht nur um das Schicksal Oberschlesiens und das Schicksal der damit stark verknüpften deutschen Wirtschaft, sondern auch in hohem Maße um die Gestaltung der innerpolitischen Zukunft Deutschlands. Das an sich auf sehr schwachen Füßen stehende Kabinett Wirth kann durch eine ungünstige Entscheidung in Oberschlesien einen gefährlichen, ja wir dürfen sagen einen vernichtenden Stoß erhalten.

Im „S-Abendblatt“ äußert sich über diesen Punkt der demokratische Abgeordnete Gothein. Wenn die Hoffnungen scheitern, das Schicksal Oberschlesiens zu retten, so sagt er, scheitert damit auch die Regierung. Sie sei gebildet, eine Verständigung mit der Entente herbeizuführen, durch die Oberschlesien entsprechend dem Abstimmungsergebnis für Deutschland gesichert werde. Sie habe deswegen und zur Aufhebung der völkerrechtswidrigen Sanktionen die Bedingungen des Ultimatums auf sich genommen. In einem wie im andern sei der Erfolg ausgeblieben. „Von der Entscheidung dieser beiden Fragen hängt der Bestand der Regierung ab. Nur dem stärksten Druck nachgebend, hat sich die Demokratische Fraktion an der Kabinettsbildung beteiligt; sie kann nicht darin bleiben, wenn der außenpolitische Erfolg ausbleibt.“

Herrn Gothein liehe sich mancherlei erwidern. Einmal sind die Motive der Demokraten bei der Regierungsbildung wohl nicht diejenigen der übrigen Parteien, die die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums auf sich genommen haben. Sodann sollte Herr Gothein auch nicht vergessen, daß seine Partei zu denjenigen gehört, die durch die Unterstützung der sehr gefährlichen nationalistischen Geste, in denen sich das Kabinett Tschernbach besonders in seinen letzten Lebensabschnitten gefiel, außerordentlich viel zur Verstärkung der Gewalttendenzen in der Entente beigetragen haben, und endlich entspricht die Auffassung, daß Deutschland auf Grund des Abstimmungsergebnisses ein Recht auf ganz Oberschlesien habe, weder dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts, noch, was in diesem Fall wichtiger ist, dem Friedensvertrag.

Über sei dem, wie ihm wolle, die Ankündigung des Herrn Gothein ist sehr ernst zu nehmen, da die Demokraten sich ja ohnehin in einer Regierung, an der die von ihnen so heiß umwordenen Volksparteier nicht teilnehmen, nicht wohl fühlen. Die scharfe Kampfanlage, die Graf Westarp im Namen der Deutschnationalen neuerdings wieder gegen das Kabinett Wirth gerichtet hat, wird die Angst der unsicheren demokratischen Kantonisten noch erhöhen, und es ist schon möglich, daß sie eine ihnen günstig scheinende Gelegenheit benutzen werden, das Schifflein des Herrn Wirth zu verlassen. Sie haben Angst vor Neuwahlen, in denen sie angesichts der von der Rechten entsprochenen nationalistischen Hege nicht bestehen zu können glauben.

Andererseits mag zugegeben werden, daß die Entente, wenn ihr wirklich an einer Verständigung mit Deutschland gelegen ist, gut daran täte, sich in Oberschlesien nicht auf den polnischen Standpunkt zu stellen. Sie würde durch die Auserachtlassung der berechtigten deutschen Ansprüche Wirkungen auslösen, die zwar den französischen Gewaltpolitikern willkommen sein könnten, die aber die geringen Ansätze zu einer Beruhigung Europas wieder vollständig zerstören würden.

Der Eid auf die Verfassung. Im Hauptauschuß des Landtages teilte gestern bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern Staatssekretär Freud mit, daß gegen die Beamten, die den Eid auf die Verfassung noch nicht geleistet hätten, das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist.

Die australische Arbeiterpartei hat eine Entschließung gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Vertrages angenommen.

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins!

Die letzten Demonstrationen vor und in dem Gewerkschaftshaus, denen ähnliche Aktionen vor anderen Gewerkschaftsgebäuden vorangegangen waren, und die nach Aufwindungen in gesteigerter Form wiederholt werden sollen, haben mit erschreckender Deutlichkeit die Gefahr gezeigt, die Euren mit unglücklichen Opfern in jahrzehntelangem Ringen aufgebauten Gewerkschaften droht.

Gewissenlose Elemente predigen die Zerstörung der Gewerkschaften.

Es kann nicht Euer Wille sein, daß der einzige, bis jetzt noch immer festgefügte Schutzwall gegen Ausbeutung und Reaktion,

daß Eure Gewerkschaften zertrümmert werden!

Gefährde dies, dann könnte den Arbeitslosen, den Beamten der Armen, von denen ein kleiner Teil zu diesen Demonstrationen mißbraucht wird, überhaupt nicht mehr geholfen werden! Das sollten gerade die organisierten Arbeitslosen erkennen!

Sind sachliche Gegensätze vorhanden, dann soll man sie mit geistigen Waffen austragen.

Gewaltanwendung von Arbeitern gegen Arbeiter stärkt die Reaktion!

Wer sich direkt oder indirekt an Gewalttaten beteiligt, muß die Folgen berechtigter Abwehr tragen! Der gesamten organisierten Arbeiterschaft, den Arbeitenden und Arbeitslosen, rufen wir nochmals warnend zu:

Erkennt die Gefahr!

Küßt ab von den Provokateuren, die Arbeitslose gegen Arbeitende hegen!

Küßt ab von den Zerstreuten der Einigkeit, die in den Gewerkschaften noch vorhanden ist!

Küßt ab von den Verrätern der Arbeiterklasse!

Küßt ab von denen, die dem Kapitalismus Knechtsdienste leisten!

Schützt mit uns Eure Gewerkschaften!

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund)
Ortskartell Groß-Berlin
Platz Dito, Schifora.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend

Sabat. Zagodjinski. Ober. Kaspar. Boja. Bernotat. Thieme. Thöns. Schulz. Gerhard. Küster. Guiard. Schmidt. Drimann.

Hölz zieht nicht

Die Parole Hölz hat nicht gezogen. Die gestrige Demonstration der Kommunisten bedeutet einen kläglichen Reizfall. Sie hat der breitesten Öffentlichkeit den Beweis geliefert, daß die B. A. P. D. nicht mehr imstande ist, in Berlin größere Massen für ihre Demonstrationen zu gewinnen. Jetzt erkennt man erst den eigentlichen Grund, warum die Kommunisten sich den sozialistischen Parteien bei jeder Demonstration beharrlich an die Seiten heften. Es graut ihnen davor, daß ihr Zerfall und ihre numerische Schwäche öffentlich bloßgestellt werden könnten.

Die gestrige Demonstration, die allerhöchstens 2000 Menschen angelockt hatte, war nicht nur zahlenmäßig kläglich. Man konnte deutlich feststellen die innere Zerfahrenheit und das Widerstreben, für diese Parole zu demonstrieren. Es kann zur Ehre eines großen Teils der kommunistischen Arbeiter gesagt werden, daß trotz ihrer Zentrale der gesunde Sinn nicht so völlig gemüht ist, daß sie sich für Hölz auf die Straße führen lassen. Und das ist nur die Befähigung für die weitere Tarnarbeit, daß die kommunistischen Arbeiter in den Betrieben anfangen, sich der Sprache und der Taten ihrer Zentrale und der „Roten Fahne“ zu schämen. Es ist nichts weiter als Parteidisziplin, die sie verhindert, offen gegen den Wahnsinn aufzutreten, der von der Zentrale und der „Roten Fahne“ ausgeht.

Das ist der einzige Weg, der zur Gesundung der Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung führen kann. Man soll diese Leute unter sich lassen. Man soll das hysterische Geschrei und die tägliche Parolenfabrikation sich ruhig verpuffen lassen. Die Tage sind nicht mehr fern, wo auch die stammendsten Aufrufe, die marxschreierischen Parolen nicht mehr imstande sind, organisierte Arbeiter vor den kommunistischen Wagen zu spannen. Die gestrige Demonstration war ein kläglicher Zusammenbruch.

Schutz vor der Orgeß

Die Regierung muß Farbe bekennen

Die Orgeß zeigt nicht nur in Bayern, sondern auch in Preußen keine Neigung zur Auflösung. Ueberall wird der Versuch unternommen, auf Umwegen sich neu zu formieren, und es finden sich sogar Gerichte, die trotz der klaren Gesetze der Orgeß auch heute noch einen rechtmäßigen Charakter zu geben versuchen. Vor einigen Tagen erst hat der Bezirksausschuß in Breslau die „Rechtmäßigkeit“ der Orgeß anerkannt. Eine Reihe ähnlicher Urteile liegen von anderen Gerichten vor. Die Preussische Rechtssozialisten, die die Zusammensetzung und Ziele der Orgeß genau kennen, haben nunmehr den Weg der Selbsthilfe beschritten. Sie haben einen Selbstschuß der Arbeiter ins Leben gerufen, um die Gerichte zu zwingen, auch diese Organisationen anzuerkennen.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags kam diese Angelegenheit gestern zur Sprache. Genosse Rabold wies darauf hin, daß die Orgeß weder aus der Verfassung noch aus dem bestehenden Gesetze eine Daseinsberechtigung ableiten könne. Die Verpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt, können dabei ganz außer acht gelassen werden. Denn nach der Verfassung und nach den Gesetzen käme für den Schutz der Bevölkerung lediglich die Reichswehr und die Polizei in Frage. Da die Orgeß aber weder eine wirtschaftliche noch eine politische Vereinigung sei, da ihr Programm ganz von selbst die Bewaffnung bedinge, sei sie ungesetzlich und verfassungswidrig. Die Auffassung der Gerichte könne an dieser Tatsache nichts ändern. Die richterlichen Entscheidungen seien lediglich charakteristisch für die angebliche Objektivität der Gerichte. Greife die Regierung nicht endlich ein, verbiete sie die Orgeß nicht in jeder Gestalt, dann bliebe den Arbeitern nur ein Weg offen: zum Schutz gegen die Orgeß einen Selbstschuß zu bilden. Die Regierung müsse dann sehen, wo sie mit ihrer Kunst bleibe, und auch die Gerichte hätten Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu zeigen, ob sie wirklich unparteiisch und objektiv sind. Wenn sich aus dem Verhalten der Arbeiter neue Gefahren

politische Schwierigkeiten ergeben würden, so trage natürlich auch dafür die Regierung die Verantwortung.

Die Vertreter der Rechtsparteien versuchten, für die Orgeß eine Lange zu brechen. Sie schienen jedoch selbst Bedenken gegen die eigenartigen Urteilsprüche der Gerichte zu hegen, und meinten deshalb, daß die Schaffung eines neuen Reichsgesetzes notwendig sei, wenn man der Orgeß die „Rechtsgrundlage“ entziehen wolle. Der Minister des Innern, Herr Dominicus, glaubte, daß das Reichsgesetz vom 23. März zum Verbot der Orgeß ausreiche. Er werde daher mit den zuständigen Stellen in Verbindung treten, die Frage eingehend prüfen und gegebenenfalls auf die Schaffung eines neuen Reichsgesetzes hinwirken.

Die Unabhängige Landtagsfraktion wird durch einen Antrag die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen und das bisherige Doppelspiel aufzugeben. Die Zeit brennt. Die Orgeßgefahr ist nicht beseitigt. Die Arbeiter haben gerade angesichts der dauernden Drohungen von rechts alle Ursache, sich zu schämen. Wird die Orgeß nicht schnellstens aufgelöst, und zwar restlos und in jeder Form, dann wird die Arbeiterschaft gezwungen werden, zu ihrem eigenen Schutze und zum Schutze der Republik die gleichen Organisationen ins Leben zu rufen.

Ein Musterlager

Kulturbilder aus dem neuen Preußen

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags brachte Genosse Dr. Cohn noch einmal die Zustände im Internierungslager Stargard zur Sprache. Die Regierung habe bisher im ausweichenden Sinne geantwortet und Herr Dominicus wäge es sogar, die Internierungserlasse zu verteidigen. Genosse Cohn wies darauf hin, daß in der gleichen Zeit, wo jüdische Arbeiter, die während des Krieges nach Deutschland verschleppt wurden, in die Internierungslager gesperrt werden, die Arbeiter-Zentrale fortgesetzt ausländische Arbeiter nach Deutschland importiert, um sie hier in der Landwirtschaft als Lohnrücker zu verwenden. Im letzten Jahre hat die Arbeiter-Zentrale allein 33 000 Mann nach der Provinz Brandenburg gebracht. Sobald die Leute mit ihrem Arbeitgeber in Konflikt kommen, werden sie aus der Arbeit gerissen und interniert.

Die Zustände im Lager Stargard, so führte Genosse Cohn weiter aus, spotten jeder Beschreibung. Die Reichstagsabgeordnete Genossin Burm, die am 19. Juni das Lager besuchte, stellte fest, daß die Baracken verwanzt sind. Die Internierten schlafen auf einer Holzpritsche. Als Unterlage dient ein schlechter Strohsack; dünne, zerrissene und gestickte Decken dienen als Zudecken. Um 8 Uhr werden die Baracken geschlossen. Zwei Eimer mit Wasser dienen 80 Mann zum Trinken. Die Bedürfnisse müssen in einem offenen Faß verrichtet werden, das während der Nacht die übelsten Ausdünstungen verursacht. Dabei ist es verboten, die Fenster zu öffnen.

Ganz erbärmlich ist auch die Verpflegung. Unter den Internierten befinden sich 11 Kinder, darunter Säuglinge, die daselbst Essen wie die Erwachsenen bekommen. Die Milch wird ihnen verweigert. Für Männer und Frauen sind zwei Baberäume vorhanden, die Fenster dürfen aber während des Babens nicht verhängt werden. Ein in Rußland geborener Deutscher, der seit seiner Kindheit aber in Deutschland weilt, hier Soldat wurde, den Feldzug mitmachte und als Schwereverwundeter nach Hause kam, ist erst leihweise aus seiner Arbeitsstelle gerissen und interniert worden. Genosse Cohn nannte diese Zustände eine Schande und die Methoden eine Sinnlosigkeit, durch die nur bewiesen werde, daß die „freie Republik“ die grausamen und unsinnigen Kriegsmassnahmen auch im Frieden fortsetze und daß gewisse Kreise sich von jenen verächtlichen Methoden nicht trennen könnten.

Die Ausführungen des Genossen Dr. Cohn riefen eine ziemliche Bestürzung hervor. Die Regierung schwieg. Der Zentrumsabgeordnete Klotz hingegen erklärte, der Bericht sei geradezu ungeheuer und auch das Zentrum bestrebe darauf, daß Ordnung geschaffen werde. — Der Volksparteiler v. Campe war gleichfalls empört. Kein Wort der Kritik sei scharf genug, um die von dem Abgeordneten Dr. Cohn geschilderten Zustände zu brandmarken und es müsse dringend erwogen werden, die Internierung überhaupt aufzuheben. Den bürgerlichen Parteien ist dazu Gelegenheit gegeben. Die Unabhängige Fraktion hat den Antrag eingebracht, die Lager Stargard und Sielow aufzulösen und die Internierten auf freien Fuß zu setzen. Die preussische Regierung wird nicht umhin können, sich selbst auf den Boden dieses Antrages zu stellen. In dem Staatswillen soll sich der sittliche Wille des Volkes verkörnern. Greift die preussische Regierung nicht schnellstens ein, dann tritt sie selbst außerhalb jeder kulturellen Gemeinschaft.

Für die Opfer des Märzputsches

Bei den Verhandlungen des Landtags über den Justizetat hat der Redner der Unabhängigen Fraktion, Genosse Dr. Ostler Cohn, u. a. verlangt, daß die Justizbehörden der Strafvollstreckung gegen die wegen Teilnahme am Märzputsch Verurteilten besondere Aufmerksamkeit zuwenden und den in den Zuchthäusern, den Gefängnissen und den Festungsgefängnissen anhaltenden Schwächenden in jeder Weise ermöglichen, mit ihren Angehörigen und Freunden in Verbindung zu bleiben.

Auf Grund dieser Forderung der Unabhängigen will das Justizministerium entsprechende Anweisungen wegen Erleichterung der Lektüre der Gefangenen, des Empfanges von Lebensmittelsendungen, des Briefverkehrs, der Besuche usw. treffen und hat sie zum Teil schon getroffen. Den Angehörigen der Verurteilten ist zu empfehlen, sogleich an den Generalstaatsanwalt des betreffenden Oberlandesgerichts (Kamberg, Breslau, Berlin usw.) zu schreiben und die Bewilligung häufigeren Briefverkehrs (2-3 Briefe im Monat), der Lektüre von Zeitungen und eingehenden Büchern, des Empfanges regelmäßiger Lebensmittelsendungen und häufigerer Besuche, unter Umständen auch von Beurlaubung, zu beantragen.

Sollten die Generalstaatsanwälte oder die Richter der Zuchthäuser und Gefängnisanstalten bei der Bewilligung der Anträge Schwierigkeiten machen, so mögen die Angehörigen sogleich der Landtagsfraktion der U. S. P. D., Berlin SW. 11, Mitteilung machen.

Die örtlichen Parteioptionen müssen das Nötige tun, um die Verurteilten mit geeigneten Büchern und mit Zeitungen zu versorgen. Sollten die Organisationen bei den Strafvollzugsbehörden auf Widerstand stoßen, so ist ebenfalls der Landtagsfraktion der U. S. P. D. Nachricht zu geben.

Eine Offiziersverschwörung in Baden

Nach einer Meldung der „Freiburger Tagespost“ sind am Dienstag verschiedene ehemalige aktive Offiziere unter der Anführung des Hochverrats verhaftet worden. Es wird ihnen zur Last gelegt, eine Organisation nach Art der Orgeß, die sich über ganz Baden erstreckt, organisiert zu haben. Da es sich um den Verdacht des Hochverrats handelt, kann ihre Abtötung nur gewesen sein, einen gewalttätigen Umsturz des Staates herbeizuführen.

Berliner Stadtverordnetenversammlung

Der Vorkocher Dr. Wehl teilt mit, daß ein dringlicher Antrag des Magistrats betr. den Uebergang des Entomologischen Instituts auf das Reich auf den Pflügen der Mitglieder niedergelegt sei. Von verschiedenen Seiten wird der Vorlage an sich nicht widersprochen, aber entschieden dagegen Einspruch erhoben, daß in dieser Form die Versammlung innerhalb 5 Minuten eine Vorlage von einer immerhin nicht unwesentlichen Bedeutung, ohne sie genau prüfen zu können, verabschiedet soll. — Die Vorlage wird angenommen.

Ein dringlicher Antrag Dr. Wehl und Genossen geht dahin, daß den im Streit befindlichen Guts- und Landarbeitern auf den städtischen Gütern eine 10prozentige Lohnzulage gewährt werde. Der Dringlichkeit wird widersprochen. Der Antrag kommt daher auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Eine lange Debatte erregt die aus dem Ausschusse gefommene Vorlage über neue Ortsstatuten für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht der Stadtgemeinde Berlin.

Der Antrag auf nochmalige Ausschuhberatung wird abgelehnt. Das Ortsstatut wird mit einigen Abänderungsanträgen Brüdner u. Gen. (S. P. D.) angenommen.

Es soll dann die Abstimmung wiederholt werden, die in der vorigen Sitzung resultatlos verlief, daß die Auszahlung der Beschlusfähigkeits des Hauses ergeben hatte. Von den Unabhängigen und Kommunisten wird verlangt, den Etat zu beraten, ehe der Ausschuh, dem derselbe zur Vorberatung überwiesen worden ist, seine Arbeiten beendet hat, wodurch die Versammlung zweimal die Besprechung vornehmen würde. Von den übrigen Parteien wird dieser Vorschlag als unzumutbar abgelehnt. Die Unabhängigen und Kommunisten versuchen, um eine bezügliche Handlung zu vermeiden, das vollbesetzte Haus beschlusunfähig zu machen, der Vorst. Steff. Schwarz läßt aber schnell abstimmen, ehe noch eine Inzueweisung der Beschlusfähigkeit erfolgen kann, so daß die Besprechung des Etats in diesem Stadium abgelehnt ist.

Stadt. Frau Bengels (U. S. P. D.) berichtet über die Vorlage des Magistrats über die Hinzuziehung von Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu den Deputations- und Ausschuhzungen. In der Begründung wird, um die Mitwirkung fruchtbringend zu gestalten, verlangt, daß die Vertreter der Beamten- und Arbeiterschaft derjenigen Verwaltung angehören, für die die betreffende Deputation oder der ständige Ausschuh eingesetzt ist. Damit werde den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geleistet, da den Deputationen das Recht zusteht, Sachverständige zu den Beratungen zuzuziehen. Der Antrag geht dahin, die Vertreter zu den Sitzungen mit beratender Stimme zuzuziehen.

Stadt. Dethleffen (Dnatl.) hat rechtliche und sachliche Bedenken gegen diese Hinzuziehung. Auch das Betriebsrätegesetz biete hierfür keine Begründung. Er bitte um Ablehnung.

Stadt. Dr. Franz nimmt die Vorlage in Schutz. Die Einwände wären berechtigt, wenn die Sachverständigen an der Beschlußfassung teilnehmen könnten. Mit dem Betriebsrätegesetz habe die Vorlage nichts zu tun. Stadt. Leh. (Komm.) und Dettmer (U. S. P.) sprechen sich in längeren Ausführungen für die Vorlage aus, ebenso Stadt. Bresat (Soz.).

Der Antrag v. Cgnern (D. Sp.) auf Zurückweisung an den Ausschuh wurde abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. Gleichzeitig wurde der Magistrat ersucht, Richtlinien zur Durchführung der Beschlüsse für die Bezirksämter aufzustellen.

Es folgt die Beratung der Vorlage über die Schaffung der Stelle eines Hauptsteuerdirektors. Berichterstatter ist Stadt. Dethleffen (Dnatl. Sp.). Der Ausschuh hat die Magistratsvorlage in einigen Punkten abgeändert, demgemäß wurde beschlossen.

Stadt. Dr. Rüdiger (Dnatl.) berichtet über die neuen Sitzungen der Deputation für das Gesundheitswesen.

Die Sitzungen wurden angenommen mit einem vom Stadt. v. Cgnern (Sp.) beantragten Zusatz, daß die Besetzung der Bezirksamtsstellen im Wege der öffentlichen Ausschreibung erfolgen soll.

Ein Antrag Wehl u. Gen. verlangt, den Volksparteipräsidenten zu erlauben, bestimmte ihm durch das Lichtspielgesetz eingeräumte Befugnisse auf das Jugendamt der Stadt Berlin zu übertragen. Die von den Bezirksjugendämtern mit der Ueberwachung des Lichtspielfeldens, der Reklame und des Besuches der Vorführungen beauftragten Personen sollen die Eigenschaften polizeilicher Hilfsbeamten haben.

Der Antrag wird vom Genossen Schneider (U. S.) begründet. Frau Rötger (Dnatl.) empfiehlt dagegen einen Antrag, daß das Polizeipräsidium geeignete Personen als Sachverständige hinzuziehen soll bei den nach den Gesichtspunkten des Jugendgesetzes vorzunehmenden Prüfungen der Lichtbildstreifen.

Stadt. Böwe u. Gen. (S. P. D.) beantragt, beide Anträge einem Ausschuh zu überweisen. Die dem Antrag stimmte die Versammlung nach kurzen Bemerkungen des Stadt. Vichtenberg (Z.) über die Bedeutung der Pfarrämter in dieser Frage zu.

Frau Schmidt (S. P. D.) befragt über die Einrichtung einer Anstalt zur jederzeitigen Aufnahme von Kindern. Der Antrag wird angenommen.

Es folgte noch die Erledigung kleinerer Anträge und Anfragen. Schluß 10 Uhr.

Der Haushaltsplan im Ausschuh

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung trat gestern vormittag im Stadtverordnetenversammlungssaal in die sachliche Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für 1921 ein. Zunächst wurden die Veranschläge der Bezirke behandelt. Die über vierstündige Sitzung wurde fast ausschließlich von eingehenden Ausführungen des Stadtkämmerers Dr. Karling ausgefüllt, der einen Ueberblick über die Einzelheiten der Veranschläge und insbesondere die daran vorgenommenen Abstriche gab.

Aus der großen Fülle der Einzelheiten ist hervorzuheben, daß auf Grund eines Erlasses des Unterrichtsministers auch das Schulgeld für die städtischen höheren Lehranstalten vom 1. Juli d. J. ab von 300 auf 500 M. erhöht werden soll. Für Notstandsarbeiten konnten keine besonderen Beträge eingestellt werden. Die Verhandlungen wegen des Weiterbaues der Nordbahn dauern noch an, werden aber hoffentlich bald zu einem günstigen Abschluß kommen. Die Kosten der offenen Armenpflege sind um 18 Prozent höher eingestellt. Die städtischen Krankenhäuser werden zurzeit ganz ungenügend ausgenutzt; 3000 Betten stehen augenblicklich leer. Ähnliches gilt für die Irrenanstalten. Die Straßenreinigung und Unterhaltung der Parkanlagen, sowie die Straßenbeleuchtung müsse aufs äußerste eingeschränkt werden.

Bei allen Bezirken hat der Magistrat gegenüber den Bedarfsanmeldungen mehr oder weniger erhebliche Abstriche vorgenommen. Der Bedarf der Außenbezirke beträgt 733, der der Alt-Berliner Bezirke 793 Millionen, worin aber die Kosten für die zentrale Verwaltung des Wohnungswesens und die Polizeikostenbeiträge enthalten sind. Die statistischen Ämter in den Vororten werden zugunsten eines Zentralstatistischen Amtes eingezogen. Zum Schluß legte der Kämmerer eindringlich dar, daß es unbedingt notwendig sei, den Haushaltsplan und den Steuererteilungsplan bis gegen Ende des Monats zu verabschieden, da Berlin sonst in die größten finanziellen Schwierigkeiten komme. In den letzten Tagen haben sich die Verhältnisse wegen der Steuern ungünstig Berlin verschoben. Demnach werde eine Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten kommen, die eine weitere Belastung von 25 bis 30 Millionen bringe.

Eine Aussprache entspann sich lediglich über die Frage, wie es möglich sei, den Haushaltsplan zu beraten und trotzdem rechtzeitig fertigzustellen. Ein Ausweg fand sich nicht. Dagegen herrschte Einmütigkeit, daß es notwendig sei, einen städtischen Haushaltsausschuß einzusetzen, der sofort die Nachprüfung des Haushaltsplans für 1921 und rechtzeitig die Vorbereitung des Voranschlags für 1922 in Angriff nehmen soll.

Groß-Berlin

Nach dem Todnißsee

Bald wird die abermalige Erhöhung der Fahrpreise auch im Vorortverkehr eine gewisse Einschränkung der Sonntagsausflüge mit sich bringen. Dazu kommt, daß die nähere Umgebung Berlins immer mehr vom Waldbestand entblößt wird. Kleinhausbebauungen, Lauben- und Gartenparzellen rücken ihre Stacheldrahtzäune immer weiter in die noch vor wenigen Jahren so einsamen und stillen Wälder vor.

Der Berliner Ausflügler wird so gezwungen, weiter hinaus zu wandern, um seine kurze Erholungspause im werktätigen Kampfe nutzbringend genießen zu können. Solche wirklich Erholung bietenden und verhältnismäßig billig und bequem zu erreichenden Gegenden finden sich noch in der Umgebung der Endstationen des Berliner Vorortverkehrs.

Für diesmal soll Königs-Wusterhausen der Anfangs- und Endpunkt einer Wanderung sein, die uns durch Feld und Dorf, zu Wald und Wasser führt.

Vom Bahnhof in Königs-Wusterhausen, das in dreiviertelstündiger Fahrt vom Görlitzer Bahnhof aus erreicht wird, wenden wir uns rechts zur Bahnunterführung und folgen der Chaussee, die nach Neue Mühle und Senzig führt. Da, wo diese in scharfem Knick nach links einbiegt, halten wir uns an den der Bahnstrecke folgenden Fahrweg, der uns vorüber am kleinen, schiffbewachsenen und fast versteckt liegenden Krebssee zur Försterei Fasanerie und weiter durch Feld und Wiesen nach dem Dorfe Zeesen bringt. Vom südlichen Ausgang dieses Ortes läuft die Straße nach dem Ufer des langgestreckten Zeesener Sees. Wir folgen bis zur Chaussee, schreiten über diese und gleich darauf über ein Feldbahngleis hinweg und gelangen nun zum Todnißsee.

Auch hier haben sich schon einige Kolonisten angesiedelt. An der Südspitze des Sees jedoch, nahe einem botanisch recht interessanten Hochmoor, findet sich für uns eine angenehme Kast- und Bodestelle. Beim Heimwege überschreiten wir dann auf einer schmalen Holzbrücke das Glanzeliech, einen Graben, der den Pöcher See mit dem Todnißsee verbindet. Am Ufer des Sees wandern wir weiter durch den Wald nach Korbisstrug und von hier aus, dem Fahrweg folgend, an der Plegelei vorüber in nördlicher Richtung nach Senzig zu.

Am waldigen Ufer des Zeesener Sees wandern wir dahin und kommen zur Chaussee, die rechts nach Senzig am Krüpelsee, links durch den schönen Tiergarten nach Königs-Wusterhausen führt. Durch den Tiergarten lenken auch wir unsere Schritte, und am Ufer des Krimmiassees, unter Eichen, Erlen und Kiefern dahinwandernd, gelangen wir zur Schleufe Neue Mühle. Von hier aus ist es dann nicht mehr weit bis zum Endziel der Wanderung, die uns für ein paar Stunden die Sorgen des Alltags vergessen ließ, uns aber auch frische Kraft zu neuem Kämpfen gab.

Sonnenwendfeier der Sozialistischen Proletariatsjugend

Neben der Maifeier ist von jeher die Sonnenwende ein Fest der proletarischen Jugend gewesen. Alljährlich, zu der Zeit, wenn die Tage am längsten und die Nächte am kürzesten sind, zog die Jugend hinaus, um die Sonnenwende zu feiern. Wenn die Mitternacht kam und allenthalben die Feuer aufflammten, wenn sich alles vereinte auf dem Festplatz und das große Feuer alles mit seinem flackernden Licht gespensterhaft in Glut tauchte, dann fühlten alle Sorgen des Alltags von uns ab. Dann fühlten wir uns nur noch als eine große Gemeinschaft, erleuchtet auch von innen heraus von einem heiligen Feuer.

In diesem Jahre veranstaltete der Bezirk Berlin-Brandenburg der Sozialistischen Proletariatsjugend seine Sonnenwendfeier auf dem Fischelwerder in der Nähe des Restaurants „Zum alten Freund“ am Sonnabend, den 25. Juni. Eine wirklich proletarische Feier soll es sein. Die Mitwirkenden sind ausschließlich jugendliche. Neben Rezitation und Ansprache wird der Chor Groß-Berlin, die Kapelle sowie Einzelgesang und Soli für

Geige und Laute sowie Reigen und Volkstänze für eine reichhaltige Abwechslung sorgen. Wir erwarten, daß sich auch die erwachsene Arbeiterschaft vollständig an dieser Veranstaltung beteiligt, und erlauben die Distriktsleitungen, sich zwecks Festlegung des Treffpunktes mit den Gruppen der S. P. J. in Verbindung zu setzen.

Treffpunkte der Gruppen: Neukölln: 7 Uhr, Bahnhof Neukölln. Ost: 7 1/2 Uhr, Schleißer Bahnhof (Koppen, Ecke Madairstraße). Süden: 7 Uhr, Blücher-Platz. Moabit: 7 1/2 Uhr, Bahnhof Buttlischstraße. Norden: 7 1/2 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen. Westen: 7 1/2 Uhr, Bahnhof Großhärden Straße. Pichlerberg: 7 1/2 Uhr, Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Ge-

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postabonnenten zu vermeiden, machen wir darauf aufmerksam, daß das Abonnement für den Monat Juli tunlichst bis zum 25. Juni bei der zuständigen Postanstalt bestellt werden muß. Die „Freiheit“, Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, kostet pro Monat 10 Mark bei freier Zustellung ins Haus. Der Verlag.

Grundbrunnen: 7 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Badstraße. Reinickendorf: 7 Uhr, Volkshaus. Weißensee: 7 Uhr, Viktoriustr. 16 (Leonhardt).

Öffentliche Aufzüge an Sonntagen

Der Oberpräsident hat für das Gebiet der Provinz Brandenburg zu der Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage neue Bestimmungen getroffen. Danach sind öffentliche Aufzüge und Versammlungen, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, sowie Leichenbegängnisse an Sonn- und Feiertagen, während der Zeit des Hauptgottesdienstes verboten, sofern sie geeignet sind, den Gottesdienst unheimlich zu machen. Was heißt das? Der Herr Oberpräsident will wohl auf Umwegen zu einem Verbot von Demonstrationen und öffentlichen Versammlungen kommen, die den Modernen unangenehm sind?

Der Mord im Hotel

Von hohem psychologischen Interesse ist die Verhandlung gegen die Räuber des Kaufmanns Paul Wolfner, die heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann. Die auf Raubmord bzw. Beihilfe und Hehlerei lautende Anklage richtet sich gegen den 26 Jahre alten Drogerien Wilhelm Bod, die 22 Jahre alte Gertrud Raegler und den Bruder der letzteren, den 27jährigen Kaufmann Ernst Raegler.

Der Tatbestand, der der Anklage zugrunde liegt, ist folgender: Am 22. Juli u. J. wurde der Kaufmann Paul Wolfner in einem Zimmer des Hotels „Münchener Hof“ in der Königgräber Straße, ermordet und beraubt aufgefunden. Der Ermordete wurde als der Kaufmann Paul Wolfner aus der Prinzenstr. 89 erkannt, als die an der Bluttat Beteiligten wurden die drei Angeklagten ermittelt.

Bod und Gertrud Raegler bestellten sich am 22. Juli vormittags im Hotel ein Zimmer unter dem Namen eines Ehepaars Bartels. Bod trug in einer Reisetasche eine Flasche Aether. Vom Hotel begaben sie sich zum Geschäft des Wolfner. Im Laden des W. in der Prinzenstraße gaben sie an, sie wollten Lampen zu ihrer Einrichtung kaufen. Sie gingen dann noch mit W. nach der Ritterstraße, wo dieser einen Laden hatte, kamen aber zu keinem Entschluß, sondern forderten den Wolfner auf, sich um 5 Uhr im Hotel zur Entgegennahme von Aufträgen einzufinden. Bod und Gertrud gingen gleich in das Hotel, wo sie die Aetherflasche zunächst verbargen. Als gegen 5 1/2 Uhr Wolfner in ihrem Zimmer erschien, fielen die beiden plötzlich während der Unterhaltung über die angeblichen Käufe über ihn her und versuchten ihn zu betäuben. Es kam zu einem heftigen Kampf. W. wehrte sich kräftig, und merkte, daß es um seinen Brillantring abgehen war, konnte ihn noch in seinem Stiefel verschwinden lassen, wurde

dann aber überwältigt. Der ominöse Brillantring wurde von Bod geraubt, dieser nahm auch noch eine Brieftasche mit 180-200 Mark und andere Sachen an sich und verließ dann mit Gertrud das Hotel. Bod erhielt ein geraubtes Zigarrenetui und eine Kette ausgehändigt, die Ringe nahm Ernst, der die beiden Täter am Anhalter Bahnhof erwartet und schon Fahrkarten nach Leipzig gelöst hatte, an sich. Die Geschwister fuhren nach Leipzig, nachdem Gertrud den Trauerhut abgelegt und einen anderen angezogen hatte. Am 23. Juli verkaufte Ernst Raegler in Leipzig den Brillantring für 3000 M. und zwei andere Ringe für 400 M.

Bemerkenswert ist folgendes: Gegen die Geschwister schwebt noch ein Verfahren wegen einer ähnlichen Tat in Braunschweig. Da soll sich Gertrud, vollkommen in Schwarz gekleidet, sich in das Zimmer einer Dame eingeschlichen haben, die in einem Hotel wohnte und sich unter dem Bett verborgen gehalten haben. Inzwischen soll die Dame durch den Bruder und dessen Begleiter bei einer Fucherei festgehalten worden sein. Als sie dann ihr Zimmer aufgelaucht hatte und im Bett eingeschlafen war, soll ihr Gertrud die auf dem Nachttisch liegenden Schmuckstücke geraubt haben und durch ein schmales Fenster entkommen sein, wo sie ihr Bruder erwartete.

Bei seiner heutigen Vernehmung ist der Angeklagte Bod geständig. Zwischen ihm und dem mitangeklagten Raegler kommt es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen, da Bod, wie schon früher, auch jetzt behauptet, daß der Plan von Raegler ausgegangen sei, der sich ständig in Geldverlegenheiten befand. Er bestritt die Absicht gehabt zu haben, den Wolfner zu töten. Als er den W. zu Boden geworfen hatte, reichte ihm Gertrud Raegler das mit Aether getränkte Tuch. Da die Betäubung zu lange dauerte, setzte sich Gertrud Raegler auf Wolfner und band ihm Hände und Füße zusammen. Am W. am Schreien zu hindern, preßte ihm Bod ein Tuch in den Mund. Er will dies aber, wie er heute behauptet, wieder gelockert haben, um zu verhindern, daß W. erstickt.

Die Vernehmung des Angeklagten Bod zog sich bis in die Mittagsstunden hin. Für den Prozeß sind zwei Sitzungstage angelegt.

Onkel und Nefte

Gleichzeitig mit dem vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelten Prozeß wegen Mordes gegen Bod und Gen. begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts I eine umfangreiche Verhandlung wegen schweren Raubes mit Todeserfolg gegen den Kaufmann Hans Günther Goede. Am 21. April 1920 ist der Buttergroßhändler Eitner in Berlin-Schöneberg, Gleditschstr. 30, in seiner Wohnung von seiner heimkehrenden Ehefrau tot aufgefunden worden. Der Angeklagte hat nicht bestritten, den Tod seines Onkels verschuldet zu haben. Er behauptet, daß er an dem verhängnisvollen Tage sich in trüber Stimmung befunden habe, nur zwei Schmalzstullen zum Mittagbrot genossen und hierauf den Inhalt einer zu drei Viertel gefüllten 200-Gramm-Flasche voll 90prozentigen Spiritus im Verhältnis von 1 : 2 mit Wasser gemischt, getrunken habe. Er ist dann zu seinem Onkel nach der Gleditschstraße gegangen, weil er eine Nachricht von seinen Eltern erwartete, die sich auf eine Morphiumbehandlung für seinen Vater, der Morphinist sei, bezog. Es sei dann zwischen ihm und seinem Onkel zu einem Wortwechsel gekommen, der sich auf seinem ihm anzumerkenden Alkoholgenuss bezog. Der Angeklagte behauptet weiter, er sei über diese wiederholten Vorwürfe ärgerlich geworden, er habe dem Onkel zugesehen, er solle sich nur um seine Butterschmierungen kümmern, worauf ihm der Onkel drohte, er werde ihn hinauswerfen, wenn er frech sei. Es sei dann zu einem Kampf gekommen. Eitner habe ihn am Hals gepackt, er habe dann nach Eitners Hals gegriffen, um ihn wegzubringen. Als er gesehen, daß der Onkel kein Lebenszeichen mehr von sich gab, sei ihm der Gedanke gekommen, einen Unglücksfall vorzutäuschen. Bei dieser Sachlage sind 25 Zeugen geladen. Die Verhandlung wird zwei Tage dauern. Wir werden das Urteil mitteilen.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters, unter Leitung von Richard Hagel, findet Freitag, den 24. Juni 1921, in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr.

Beim Rangieren tödlich verunglückt. Auf dem Rangierbahnhof Pantow-Sandhausen wurde Mittwoch nachmittags der Rangierer August Felzer von einem abgestohlenen Güterwagen erfasst und überfahren. Dem Verunglückten wurde der Kopf glatt vom Rumpfe getrennt.

Nantas

Erzählung von Emile Zola.

(Übersetzt von Hans Jacob)

Er war langsam warm geworden, er sah nur noch dies Werk, diesen Finanzmechanismus, den er langsam unter unzähligen Hindernissen, Naderwert auf Naderwert, zusammengebastelt hatte. Als es zwölf schlug, hob er instinktiv den Kopf. Tiefes Schweigen herrschte im Palais. Auf einmal fiel es ihm wieder ein: auf dem Grunde dieses Dunkels und dieser Stille lauerte der Ehebruch.

In diesem Abend hatte Flavie ihre Kammerzofe früh entlassen. Sie wollte allein sein. Bis Mitternacht blieb sie in dem kleinen Salon, der vor ihrem Schlafzimmer lag. Ein Buch in der Hand, lag sie auf ihrer Chaiselongue; aber alle Augenblicke entfiel es ihr, und sie träumte mit offenen Augen. Ihr Gesicht war noch sanfter geworden, ein bleiches Lächeln erhobte es ab und zu. Plötzlich sprang sie auf. Es hatte geklopft.

„Wer ist da?“ antwortete Nantas. Ihre Überraschung war so groß, daß sie mechanisch öffnete. „Gnädige Frau“, sagte er, „in Ihrem Schlafzimmer ist ein Mann.“

Flavie antwortete nicht gleich, so fern lag ihr das Gesagte. „Sie sind wahnsinnig“, murmelte sie. „Über ohne sich mit Worten aufzuhalten, ging er auf ihr Schlafzimmer zu. Da war sie mit einem Sprunge vor der Tür und rief:

„Sie gehen nicht hinein! Ich bin hier zu Hause und verbiete Ihnen den Zutritt.“

„Fort!“ murrte er mit heiserer Stimme. „Ich bin härter als Sie, ich gehe trotzdem hinein.“

„Nein, nein, nein, ich will nicht.“

Wahnsinnig vor Wut wiederholte er:

„Ein Mann ist drin, ein Mann ist drin.“

„Und wenn ein Mann dort ist, was geht Sie das an? Bin ich nicht frei?“

Er fuhr vor diesem Wort, das ihm wie eine Ohrfeige ins Gesicht schlug, zurück. Es war ja wirklich frei. Ein Frost schüttelte ihn, er fühlte klar, daß sie ihm überlegen war.

Als Flavie sah, wie niedergeschmettert Nantas war, gab sie die Tür frei und ihre Augen blinzelten sanft.

„Überzeugen Sie sich“, sagte sie einfach.

Und sie selbst betrat, eine Lampe in der Hand, das Schlafzimmer, während Nantas auf der Schwelle blieb. Mit einer Bewegung hatte er gesagt, er verzichte darauf, das Zimmer zu untersuchen. Sie aber wollte es jetzt durchaus. Als sie aber die Vorhänge des Bettes zurückschlug, erblickte sie Herrn von Fondettes. Sie ließ einen Schrei des Entsetzens aus.

„Wirklich“, stammelte sie außer sich, „wirklich, da ist dieser Mann. Ich wußte es nicht. Ich schwöre es bei meinem Leben!“

Dann wurde sie plötzlich wieder ruhig, sie schien sogar zu bereuen, daß sie sich im ersten Augenblick verteidigt hatte.

„Sie haben recht, ich bitte um Verzeihung“, sagte sie zu Nantas und bemühte sich, Kälte in ihre Stimme zu legen.

Aber Herr von Fondettes fühlte, daß er sich lächerlich machte; er hätte viel darum gegeben, wenn Nantas zornig geworden wäre. Doch Nantas schwieg, nur ganz blaß war er. Er blickte von Herrn von Fondettes zu Flavie hinüber, verneigte sich vor ihr und sagte nur:

„Ich bitte um Verzeihung, gnädige Frau, Sie sind frei.“

Und er drehte ihr den Rücken zu und ging fort. Irgend etwas in ihm zerbrach; nur der Mechanismus der Muskeln und der Knochen blieb im Gange. In sein Arbeitszimmer zurückgekehrt, ging er rasch auf ein Schubfach zu, in dem er einen Revolver verborgen hatte. Er untersuchte die Waffe und sagte ganz laut, wie um sich selbst ein förmliches Versprechen zu geben: „Abgemacht, ich erschieße mich.“

Er schraubte die Lampe hoch, setzte sich an seinen Schreibtisch und nahm seine Arbeit wieder auf. Ohne zu zögern, beendete er inmitten der großen Stille den angefangenen Satz. Langsam füllten sich die Blätter. Als Flavie, die Herr von Fondettes die Tür gewiesen hatte, zwei Stunden später mit nackten Füßen hinunterging, um an der Tür des Arbeitszimmers zu hören, hörte sie nur das leise Knirschen der Feder auf dem Papier.

V.

Das Haus, das an den Garten des Palais stieß, gehörte jetzt Nantas, der es seinem Schwiegervater abgekauft hatte. Aber aus einer Laune heraus hatte er verboten, die kleine Dachstube zu vermieten, in der er zwei Monate lang gegen das Glend gekämpft hatte. Seitdem er sein großes Vermögen besaß, hatte er zu verschiedenen Malen das Bedürfnis empfunden, dort hinaufzuklettern und sich einige Stunden einzuschließen. Wo er gelitten hatte, wollte er auch triumphieren.

Erst um acht Uhr morgens war er mit seiner Arbeit fertig. Um seine Erschöpfung zu verschweigen, wusch er sich mit kaltem Wasser. Dann rief er der Reihe nach verschiedene Beamte herbei und erteilte Befehle. Als sein Sekretär gekommen war, hatte er eine Unterredung mit ihm. Der Sekretär sollte den Entwurf seines Budgets sogleich in die Tuilleries tragen und gewisse Erklärungen dazu geben, falls der Kaiser wieder etwas einwenden sollte. Nantas glaubte, genug getan zu haben. Er ließ alles in Ordnung zurück, er schied nicht wie ein vom Wahnsinn geschlagener Bankrottier. Endlich gehörte er sich selbst, er konnte über sich verfügen,

ohne daß man ihm der Eigenliebe und der Feigheit beschuldigen konnte. Es schlug neun. Es war Zeit. Aber als er, den Revolver in der Hand, das Zimmer verlassen wollte, mußte er eine letzte Bitterkeit trinken. Fräulein Chouin kam, um ihre zehntausend Franken zu holen. Er zahlte sie aus und mußte sich ihre Vertraulichkeiten gefallen lassen. Sie zeigte sich mütterlich und behandelte ihn ein wenig wie einen Schüler, der sich ausgezeichnet hat. Wäre er noch unentschlossen gewesen, diese beschämende Mißhandlung hätte ihn zum Selbstmord getrieben. Er ließ hastig zur Dachstube hinauf und ließ in der Eile den Schlüssel in der Tür stecken.

Nichts war hier verändert. Die Tapete hatte dieselben Risse, das Bett, der Tisch und der Stuhl mit dem Geruch der Armut waren noch da. Er atmete die Luft, die in ihm die Kämpfe von einst zurückrief.

Der Revolver lag auf dem hölzernen Tisch, seine Hand konnte ihn erreichen, jetzt hatte er keine Eile mehr, er war sicher, daß niemand kommen würde, daß er sich ungehindert töten könnte. Er sagte sich, daß er sich dort wiederfand, von wo er einst ausgegangen war, an demselben Ort, mit demselben Willen, sich das Leben zu nehmen. Schon einmal hatte er hier ein Ende machen wollen, damals war er zu arm gewesen, um sich einen Revolver zu kaufen, er hatte nur das Straßenspaten geholt, aber der Tod war ihm dennoch sicher gewesen. Im Leben also täuscht der Tod allein nicht, auf ihn ist Verlaß, er ist immer bereit. Er ist das einzige Gewisse, alles andere stirbt ewig über uns zusammen. Zehn Jahre zu lange hatte er gelebt. Reichtum und Macht waren ihm nichts. Wozu diese Verschwendung von Willen und Kraft? Eine einzige Leidenschaft hatte genügt, ihn zu zerstören, er hatte angefangen, Flavie sinnlos zu lieben, und das Gebäude, das er errichtet, krachte, wankte, fiel langsam. Ein letztes Bedauern machte ihn in dieser Todesstunde einen Augenblick weich. Wie Gewaltiges hätte er leisten können, wenn Flavie ihn verstanden hätte. An dem Tage, an dem sie ihm ans Herz gesunken wäre und ihm gesagt hätte: „Ich liebe dich“, an diesem Tage hätte er die Welt aus den Angeln gehoben.

Er erhob die Waffe und setzte den Lauf an seine Schläfe. Da wurde die Tür heftig aufgestoßen, Flavie trat ein. Mit einer Bewegung lenkte sie den Schuß ab, die Kugel schlug in die Decke. Sie blinzelte sich an. So außer Atem war sie, daß sie nicht sprechen konnte. Endlich — und sie redete Nantas zum ersten Male mit du an — fand sie das Wort, das er erwartete, das einzige Wort, das ihm das Leben zurückgeben konnte: „Ich liebe dich“, rief sie schluchzend an seinem Hals, und ihrem Stolz, ihrem beherrschten Wesen entriß sie das Geständnis: „Ich liebe dich, weil du stark bist!“

Einheitsfront in der Bekleidungsindustrie hergestellt

Für die Bekleidungsindustrie und den Textilhandel bestand bisher neben den freien Gewerkschaften der Arbeitnehmer-Verband der Bekleidungsindustrie und des Textilhandels, der wohl nach freigewerkschaftlichen Gesichtspunkten tätig war, aber den Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, d. h. dem Fabrikanten- und dem A. D. G. B. nicht angehörte. Diese Organisation zählte zu ihren Mitgliedern kaufmännische und gewerbliche Arbeitnehmer aller Kategorien der Bekleidungsindustrie.

Verhandlungen, die in den letzten Wochen zum Abschluß gelangt sind, bringen die Verschmelzung des genannten Verbandes mit den freien Gewerkschaften, die für die Bekleidungsindustrie und den Textilhandel zuständig sind, d. h. mit dem Zentralverband der Angestellten, Bekleidungsarbeiterverband, Hutarbeiterverband, Fabrikarbeiterverband, Transportarbeiterverband, Kürschnerverband und Zuschneiderverband. Hierdurch werden die etwa 14000 Mitglieder des genannten Verbandes den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden zugeführt und der so lang ersehnte Zustand der Einheitsfront der Arbeitnehmer der Bekleidungsindustrie und des Textilhandels hergestellt.

Angesichts dieser gewerkschaftlichen Konzentration werden die gelben Organisationen innerhalb der hier in Frage kommenden Industriezweige auf keinerlei Erfolge mehr zu rechnen haben. Gleichzeitig mit der Verschmelzung bilden die genannten freien Gewerkschaften zunächst für Berlin — andere Orte sollen folgen — ein Kartell der freien Gewerkschaften in Bekleidungsindustrie und Textilhandel, das sich die gemeinsame Durchführung aller Lohnbewegungen der Kopf- und Handarbeiter dieser Industrie zur Aufgabe gesetzt hat. Der Arbeitgeberverband der Bekleidungsindustrie gegenüber war es besonders erforderlich, diese Einheitsfront herzustellen.

Wir wollen hoffen und wünschen, daß durch die neue Zusammenfassung Erfolgreiches und Segensreiches für die Arbeitnehmerschaft der Industrie geleistet werden kann.

Der Streik bei der Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren beendet

Der Streik der Angestellten obiger Firma, dem sich auch am 20. d. M. die Arbeiter angeschlossen hatten, ist am 22. früh mit Erfolg für beide Arbeitnehmergruppen beendet worden. Sämtliche Streikenden wurden wieder eingestellt, auch findet ein Abzug vom Lohn und Gehalt für die Streiktage nicht statt. Die Angestellten haben eine 10-15prozentige Erhöhung ihrer Gehälter erkämpfen können, und ferner sind eine Reihe idealer Forderungen bei den Arbeitnehmergruppen durchgeführt worden. Die Einigkeit der Arbeiter und Angestellten hat hier wieder einmal gezeigt, daß die wenigen Rechte der Arbeitnehmerchaft noch jederzeit gesichert werden können.

U.S.P.D. Funktionäre — Politische Vertrauensleute in den Gewerkschaften und Betrieben — Fraktionsvorsitzende!

Die bisherigen grünen Legitimationskarten sind ungültig und müssen abgegeben werden. Die neuen (roten) Ausweise können sofort im Bureau des Bezirksverbandes, Breite Str. 8-9, in der Zeit von 10-5 Uhr beim Genossen Holz in Empfang genommen werden.

In den Gewerkschaften und größeren Betrieben empfiehlt es sich, daß nur der Fraktionsvorsitzende zum Umtausch sämtlicher Karten erscheint.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D. J. A. A. Holz.

Rohrer! Wir machen darauf aufmerksam, daß eine gemeinschaftliche Verammlung der Rohrer erneut beschlossen hat, daß die Rohrbediensteten Stahl, Schröder u. Arndt, früher Krumreg, für organisierte Rohrer gesperrt sind. Jeder Rohrer ist verpflichtet, sich in dem Arbeitsnachweis seiner Organisation eintragen zu lassen. Die Baudeputierten ersuchen wir, auf die Rohrer ein ganz besonderes Augenmerk zu richten, damit es in Zukunft unmöglich ist, daß Rohrer unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen illusorisch machen können.

Bauarbeiterverband. Sektion der Rohrer.

Arbeiterport

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“. Sonnabend, den 25. und Sonntag, den 26. Juni, Sonnenwendfeier am Uckersee. Abstellung Nordsee: Treffpunkt 5.15 Uhr im Bahnhof Gesundbrunnen (Güterabf., Radstraße). Abstellung Süd-See: Treffpunkt 1. Uhr abends Stettiner Fernbahnhof. Ferner können folgende Ziele ab Stettiner Fernbahnhof besucht werden: 2 Uhr, 4.30 Uhr, 5.35 Uhr, 6.40 Uhr, 8.30 Uhr; 1. Fahrt bis Eberwalde.

Arbeiter-Handwerkerverein „Naturfreunde“. Wanderungen am 25. und 26. Juni. Jungesberg, Rastler, Zehnberg, Mf. Sonnenabend, abends 6.05 Uhr, Schief, Rahn, (Erfahr umfassen). — Strausberg, Wälsch, Mf. Sonntag, abends 5.35 Uhr, Schief, Rahn, — Königsmühlenteich, Lebnitz, Mf. Sonntag, abends 6 Uhr, Schief, Rahn, — Reubabitz, Stettiner Eisenbahn, Wälsch, Mf. Sonnenabend, abends 5.35 Uhr, Schief, Rahn, Gesundbrunnen. — Durch den Gomersgrund, Mf. 6 Uhr, Schief, Rahn, (Witzinger Wald) nach Tiefenitz. — Weidow, Sammlitz, Zellinger, Treffp. 7.30 Uhr Stettiner Bahnhof (Marmelade). — Erfahr, Wälsch, Mf. 7.00 Uhr Strausberg-Kammelsburg. — Königsmühlenteich, Krammensee, Mf. 6.20 Uhr morg. Schief, Rahn, — Holsdam, Wälsch, Mf. Sonnenabend 6 Uhr Rahn, Treptow. — Buch, Wälsch, Mf. Sonnenabend 6 Uhr Stettiner Fernbahnhof. — Strausberg, Rastler, Mf. Sonnenabend, abends 8.15 Uhr, Schief, Rahn. — Nachmittagswanderung: Wittenau, Stelpe. Treffpunkt 1 Uhr Rahn, Wittenau-Rast, Gubitz, Linie 2. — Kinderwanderungen am Sonntag, 26. Juni: Rastler, Hennigsdorf. Treffpunkt 6.30 Uhr Rastlerplatz, 7 Uhr Rahn, Gesundbrunnen. — Erfahr, Rastler, Rastler, Treffpunkt 6 Uhr Rastler Platz. — Oranienburg, Strausberg, Mf. 6 Uhr Rahn, Wälsch, Mf. — Königsmühlenteich, Rastler, Rastler, Mf. 6 Uhr Rahn, Wälsch, Mf. 6.20 Uhr Schief, Rahn.

Arbeiter-Handwerkerverein „Naturfreunde“, Kreis. Wanderung zum Gattlitzer See aus. Besuche zur Sonnenwende der Frankfurter in den Bäumen bei Hellen. Mf. 8.45 Uhr Strausberg-Kammelsburg, Rastler bis Fachsenwalde, dann weiter bis Wittenau.

Arbeiter-Handwerkerverein „Berlin“. Sonntag, den 26. Juni, Rastlerwanderung. Mf. 6 Uhr Stettiner Fernbahnhof bis Wittenau.

Parteiveranstaltungen

Spanbau. Mittwoch, 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Neuen Stadt-Theater, Götterstr. 2, große öffentliche Parteiveranstaltung gegen den Vorkriegssozialismus, gegen das Militarwesen und die Agrarier. Referent ist Reichstagsabgeordneter Simon-Nürnberg. Wir bitten die Gruppenleiter und Parteiverantwortlichen, Sonnenabend, abends 4 Uhr, bei Köhlitz, Reubabitzer Straße, Platanen abzuholen.

Freitag, 24. Juni

7. Bezirk, 1. Verwaltungsbezirk. Die Abteilungsleiter haben heute das Material zur „Freiheit“-Agitation zum Genossen Volkmann, Vahsenh. 63, ab. Die Abteilungen nachgehender Wohnstätten sind möglichst vor dem 1. Juli durch die Abteilungsleiter der Spedition Volkmann zu übermitteln.

11. (Hilfer 5.) Bezirk. Trauenebenbüchel bei Wälsch, Wälschburger Str. 21. Vortrag der Genossin Jarmann. Heute muß eingeladen werden für Montag, 7. Juli.

5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Zum Frauenabend, Montag, den 27., abends 7 Uhr, Vortrag der Gen. Deming, Schreinerstr. 18, bei Dreise, einladen. Frauen und Mädchen als Gäste mitbringen.

19. Verwaltungsbezirk (Abteilung Niederhöfen). Abends 7 1/2 Uhr im 1. Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Straße, wichtige Sitzung der Funktionäre.

Verwaltungsbezirk Westliche. Abends 7 Uhr Sitzung der Kinderjugendkommission im Reichshaus, Gefährdungsausschuss, 3 Tr.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Sitzung der Bezirks- und Stadterbsten, der kommunalen Kommission und der Bürgerdeputierten im Rathaus, Zimmer 1.

Bereinskalender

Freitag 24. Juni

Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Bezirk Obersee) veranstaltet seine diesjährige Sonnenwendfeier auf den Goldsteinbergen im Fachsenwalde.

Sonntag, 26. Juni

Arbeiter-Handwerkerverein, Gruppe 5 (Nordsee). Wanderung Strausberg-Erfahr. Kinder und Jugendliche, die daran teilnehmen wollen, müssen bis Freitag, abends 6 Uhr, der Genossin Schöner, Fachsenh. 20, gemeldet werden. Treffp. 1.30 Uhr.

Handwerkerverein „Naturfreunde“ mit reil. Gewerkschaften. Nachgruppe Jellings. Abends 6 Uhr im Hof, 25. 30, Jellingsstr. 7, Jellingswalde.

Präsident Vöbe teilt mit, daß der von den Polen verschleppte Abg. Bias (Soz.) seine Freiheit wiedererlangt hat. Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Dr. Marecki (D. Sp.) und Bogherr (U. Soz.) wegen Beleidigung wird verweigert. Das Vorkriegsgesetz geht an den Steuerzuschuß. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur

Änderung des Gerichtskostengesetzes Die Reichsregierung wird vom Ausschuh um baldige Einbringung eines Sondergesetzes über ein obligatorisches und unentgeltliches Güterverfahren ersucht.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Wir können der Vorlage, die eine Schädigung der minderbemittelten Bevölkerung bedeutet, nicht zustimmen.

Abg. Radbruch (Soz.): Auch wir haben Bedenken gegen die Vorlage und nehmen sie nur in der bestimmten Erwartung an, daß baldigst ein Sondergesetz über ein unentgeltliches Güterverfahren außerhalb der Zivilprozessordnung vorgelegt wird.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Das Gesetz wird darauf in zweiter und dritter Lesung nebst der Entschließung angenommen. Es tritt mit dem 1. August in Kraft.

In zweiter und dritter Lesung angenommen wird ein neues Güterverfahren für die Auslandsbehörden; die Regierung hat zugesagt, den Papierverkehr zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich möglichst bald zu befestigen.

Es folgt die dritte Beratung eines Gesetzes über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals

Anträge Müller-Franken (Soz.) verlangen, daß bei erkennbar geringfügigen Verletzungen nicht von der Waffe Gebrauch gemacht werden darf. Gegen Festgenommenen, die sich der Festnahme durch die Flucht entziehen, ist der Waffengebrauch nur zulässig, wenn er dem Festgenommenen für den Fall eines Fluchtversuches angedroht worden ist. Der Waffengebrauch ist nur zulässig, wenn er zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes erforderlich ist. — Der Ausschuh verlangt in einer Entschließung eine zusammenfassende gesetzliche Regelung des Waffengebrauchs des Militärs und der Beamten.

Abg. Dr. Radbruch (Soz.): Für das Grenzpersonal, das meistens doch aus Militärwärtern besteht, bedeutet das Recht des Waffengebrauchs schon eine Waffe; das muß verhärtet werden.

Abg. Riffen (U. S. P. D.):

Wir haben in den letzten Jahren Blutopfer genug gehabt. In dem Absatz 3 des § 1 handelt es sich um eine Bestimmung, durch die das sogenannte und berüchtigte „Erschießen auf der Flucht“ gesetzlich sanktioniert werden soll. Dagegen müssen wir uns mit aller Schärfe wenden. Das, was uns den Abscheu der ganzen Welt eingebracht hat, soll durch den Gesetzesentwurf für Recht erachtet werden, obwohl zahlreiche, u. a. Liebkecht, Kola Lugemburg, Joghiesch und viele andere als mahnende Opfer vor uns stehen. In keinem Lande der Welt wird so auf Menschen wie auf Wild geschossen, wie das gegenwärtig in Deutschland geschieht. Wir müssen uns auch deshalb gegen die Bestimmung wenden, weil wir gar keine Garantie haben, wie der Inhalt und der Geist der Ausführungsbestimmungen gestaltet wird. Im kann nicht begreifen, wie die Rechtssozialisten gestern gegen unsern Antrag auf Streichung dieser Bestimmung stimmen konnten. Der Antrag Radbruch bringt keine Besserung. Wir können unter keinen Umständen zugeben, daß in den Grenzgebieten irgendein über-eifriger Beamter zum Herrn über Tod und Leben von Menschen gemacht wird. Wenn schon ein kleiner Pächter beim Fluchtversuch mit dem Tod bestraft werden kann, was für Strafe muß dann erst ein großer Steuerhinterzieher, der den Staat um Millionen betrügt, erhalten? Und wenn man von Verwilderung der Sitten und Gebräuche redet und damit strenge Schießvorschriften zu begründen sucht, so weiß es sich um Betrug handelt gegenüber dem Staat. Ist nirgends die Verwilderung so groß wie in den Kreisen der Besitzenden. Im übrigen: die Kreise, die die Massenmorde, Diebstahl und alle anderen Verbrechen als heilige Pflicht für alle Staatsbürger gefordert haben, dürfen sich heute nicht über die Verwilderung der Sitten, Gebräuche und Rechtsbegriffe beklagen. Wir ersuchen Sie dringend, die von mir kritisierte Schießvorschrift zu streichen. (Beifall bei den U. S.)

Abg. Fries (Komm.) wendet sich ebenfalls gegen das Schießen auf den Flüchtenden. Abg. Brodau (Dem.) verteidigt die angefochtene Bestimmung.

In der darauffolgenden Abstimmung werden die Abänderungsanträge unserer Fraktion sowie die der Rechtssozialisten abgelehnt.

Die Justiz auf der Anklagebank

Abg. Rosenfeld (U. S. P. D.):

Die Klagen über die „Rechtspflege“ und die Bewürfe über die Klassenjustiz hören nicht auf. Wir fragen: was für Maßnahmen sollen getroffen werden, die Rechtspflege zu einer wirklichen Rechtspflege zu machen? Erst mit der Verwirklichung der Forderung des Erfurter Programms „Wahl der Richter durch das Volk“ wird eine Besserung in der Rechtspflege eintreten. In den letzten Tagen wurde die Liste einer Geschworenenbank veröffentlicht. Sie enthält lediglich die Namen von Kaufleuten, Gutbesitzern und anderen Angehörigen der besitzenden Klassen. Kein einziger Angehöriger der Arbeiterklasse befand sich darauf. Die Zuziehung der Frauen zur Rechtspflege ist immer noch in „Vorbereitung“. Der Reichstag hat gar keine Eile mit der Erledigung solcher Dinge.

Wie steht es um die Rechtspflege der Ausnahmegerichte? Gestern habe ich im Ausschuh gehört, daß die Ausnahmegerichte in den nächsten Wochen verschwinden sollen. Nur in Halle glaubt man noch über den 1. Juli hinaus Ausnahmegerichte haben zu müssen. Der Reichstag hat kürzlich beschlossen, den glaubt man noch, über den 1. Juli hinaus Ausnahmegerichte nachprüfen zu lassen, um die hohen Mittäuser in weitestem Umfange zur Begnadigung zu bringen. Wir, meine Partei, haben die Amnestie verlangt. Diesen Antrag haben dann auch die Rechtssozialisten abgelehnt. Gestern im Ausschuh erhielt ich auf Nachfrage die Antwort, daß wahrscheinlich die Nachprüfung dem Gnadenrichter überwiesen werden soll. Wenn das nur geschehen sollte, dann bedurfte es keines Reichstagsbeschlusses. Mit dem Reichstagsbeschluss sollte etwas anderes erreicht werden.

Es wollte eine generelle Prüfung aller Urteile erreichen. Der Ausschuh hat auf unsere Anregung beschlossen, eine Statistik über die Ergebnisse der Rechtspflege der Ausnahmegerichte herbeizuführen, wieweil Verfahren abhängig gemacht, wieweil Urteile gefällt sind um. Wir werden die Tätigkeit der Ausnahmegerichte im Auge behalten. Ueber den Ausnahmegerichten dürfen auch die bayerischen Volksgenossen nicht vergessen werden. Sie sind von derselben Art. Auch gegen ihre Urteile gibt es keine Anfechtung, auch dort sind viele ähnliche Bestimmungen zugunsten der Angeklagten, wie bei den Ausnahmegerichten.

Wie aber steht es mit dem Strafvollzug? Der Strafvollzug ist heute noch wichtiger als früher, weil die gewaltige Zunahme der Kriminalität die Zahl der Inhafteten der Strafanstalten ungeheuer vergrößert hat. Die Mehrzahl der kurz nach Eintritt der Revolution verfügten Erleichterungen ist nicht mehr vorhanden. Ueber die Reichs-Strafvollzugs-Ordnung wird angeblich mit den Ländern verhandelt!

Nun ein Wort zur Auslegung des Amnestie-Gesetzes durch das Reichsgericht. Es hält eine Amnestie nicht für notwendig, wenn Arbeiter angeklagt sind, um so mehr aber, wenn es sich um Personen handelt, die aus Anlaß des Rapp-Putschs sich gegen die Republik und

gegen ihre Gesetze vergangen haben. Trotzdem vor der Breslauer Strafkammer während der Verhandlung gegen die Aulof-Banden festgestellt wurde, daß die schuldhaftigste Bestialität von ihnen begangen wurde, und trotzdem ausdrücklich betont worden war, daß Roheitsbeiliste nicht unter die Amnestie fallen, hat sich das Reichsgericht bereit gefunden, den Aulof-Anhängern die Amnestie zuteil werden zu lassen. Sogar den berühmten Traugott von Jagow hat es amnestiert, trotzdem seinerzeit ausdrücklich ausgesprochen wurde, daß Führer des Rapp-Putschs nicht unter die Amnestie fallen sollen.

Kebner geht sodann auf die „Rechtspflege“ des Reichsgerichts gegen die Kriegsverbrecher ein. Der Oberleutnant Neumann wurde freigesprochen, obwohl festgestellt wurde, daß er ohne Warnung und ohne Untersuchung das Hospitalsschiff „Dover Castle“ in den Grund gebohrt hat, dann zwar noch in der Nähe blieb, nicht aber um zu helfen, sondern um Seute zu machen. Er wurde freigesprochen, weil er nach dem Befehl der Vorgesetzten gehandelt habe. Wer sind die Leute, die die Befehle zu solchem schändlichen Tun gegeben haben? Was ist gegen sie unternommen? Wann werden die Leute verurteilt, die diesen Befehl gegeben haben? Die Kleinen klagen man an, die Großen läßt man laufen. Aber die intellektuellen Urheber dieser barbarischen Maßnahmen sind schlimmer als diejenigen, die selbst Gesandene mißhandelt haben, schlimmer als diejenigen, die selbst Hospitalsschiffe in den Grund gebohrt haben. Was geschieht mit all denen, die die Städte und Dörfer vernichteten, Bergwerke sprengten und ganze Kulturen zerstören ließen? Wir werden unausgesetzt die Bestrafung dieser Leute fordern, nicht ruhen, bis sie wirklich so, wie sie es verdient haben, bestraft sind. (Beifall bei der Linken.)

Reichsjustizminister Schiffer:

Das Berufsrichtertum muß beibehalten werden. Für die Beteiligung aller Kreise des Volkes an der Rechtspflege bringt die neue Strafprozessordnung weitgehende Verbesserungen. Auch die Reform des Strafvollzugs unterschätze ich nicht. Sie wird in Verbindung mit der Umgestaltung des Strafgesetzbuches erfolgen. Für die Klassenjustiz gegen die Arbeiter hat Herr Rosenfeld zwar Behauptungen genug, aber keine Beweise erbracht. Ueber die Angelegenheit mit den Aulofleuten kann ich zur Stunde nichts sagen, da mir die Urteile noch nicht zugegangen sind. Die Amnestie zugunsten Jagows ist nicht angenommen worden. Der Reichsanwalt macht sich jetzt über die Anklage schlüssig. Ueber die Urteile gegen die Kriegsverbrecher wird später im Reichstage noch ausführlich zu reden sein. Den Reichstagsbeschluss wegen der Nachprüfung der Sondergerichtsurteile habe ich nicht ohne Bedenken angenommen. Es findet aber eine Nachprüfung aller Urteile statt. Ein Richter und ein Staatsanwalt wirken zusammen. Wenn einer der beiden sich für Begnadigung ausspricht, geht die Sache zur Entscheidung an den Minister. Hinsichtlich der bayerischen Volksgenossen muß ich dem Abg. Rosenfeld erklären, daß ich tatsächlich den Mut gefunden habe, sie auf ihre Rechtszuständigkeit zu prüfen. Ich habe aber gefunden, daß die Verfassungsmäßigkeit der Volksgenossen nicht beanstandet werden kann.

Abg. Herzfeld (Komm.) wendet sich ebenfalls in längeren Ausführungen gegen die Rechtspflege im allgemeinen, sowie gegen die der Ausnahmegerichte im besonderen. Der Reichspräsident, den die Arbeiter auf seinen Posten gestellt haben, habe alle Reichsgarantien auf. Der Strafvollzug ist trotz zweier Jahre Revolution noch nicht gebessert. Er wird auch nicht gebessert, ehe sich die Arbeiterchaft nicht selbst ihr Recht schafft. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Rosenfeld (U. S. P.): Der Reichsjustizminister hat mir geantwortet, daß er bezüglich der Zuziehung von Arbeitern und Frauen zu den Schöffen und Geschworenen bereits eine Vorlesung dem Reichsrat vorgelegt hat. Im März 1921 erklärte der damalige Justizminister Heinke: Mein Vorgänger im Amte hat bereits die Vorlage betr. Zuziehung von Frauen dem Reichsrat vorgelegt. Dieser Vorgänger war der jetzige Reichsjustizminister Schiffer. Heute haben wir wieder von ihm zu hören bekommen, daß die Sache im Reichsrat liegt. (Zuruf: Er muß noch öfter als Justizminister wiederkommen!) Der Reichsjustizminister meinte, er bemühe sich, dem Beschluß dieses Hauses gerecht zu werden, indem er die einzelnen der Beurteilten der Gnade der Gnadenrichter überläßt. Der Antrag ging aus von den Rechtssozialisten. Müller-Franken begründete ihn als ein Ersuchen an den Reichskanzler, „eine besondere Stelle zu schaffen, die mit der Vorbereitung der Begnadigung betraut werden soll“. Wenn der Antrag also so ausgelegt wird, wie die Antragsteller ihn gemeint und begründet haben, dann ergibt sich aus dem Beschluß des Hauses, daß eine besondere Stelle zu schaffen ist. Darum verlange ich nochmals, daß entsprechend dem Beschluß dieses Hauses man sich nicht begnügt mit dem Urteil der Gnadenrichter, sondern eine Stelle schafft, zu der auch die Arbeiter hinzugezogen werden und die eine solche Ausgestaltung erfährt, daß das Volk Vertrauen zu ihr haben kann. (Beifall bei den U. S.)

Abg. Radbruch (Soz.): Ich habe mich bereits vor dem Appell des Abg. Rosenfeld zum Wort gemeldet, um zu konstatieren, daß die Auslegung Rosenfelds durchaus zutreffend ist. Wir eruchten nicht den Reichsjustizminister, sondern speziell den Reichskanzler, die Begnadigung in die Wege zu leiten, um damit anzudeuten, daß die Erledigung des Antrags nicht innerhalb der Ressortenteilung erfolgen soll. Diese Absicht war dem Hause bekannt. Somit war der Vorschlag angenommen.

Justizminister Schiffer: Dann war der Antrag verfassungswidrig. — Müller-Franken tritt dieser Auffassung entgegen, worauf Schiffer seinen Standpunkt noch einmal verteidigt. Der Nachtragetat wird bewilligt und in einer Resolution die Regierung ersucht, eine Statistik über die Zahl der bei den Sondergerichten anhängig gemachten Prozesse, über die Art ihrer Erledigung und über die Höhe der verfügten Strafen dem Reichstag vorzulegen.

Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte

Der Entwurf dehnt die Versicherungspflicht auf Einkommen bis zu 28 000 M. aus und stellt gewaltige Beitragserhöhungen vor.

Abg. Giesel (Soz.): Der Entwurf hat Entsetzen und Entrüstung hervorgerufen. Die Beiträge werden bis zu 25 Prozent des Gehalts erhöht. Redner beantragt, die Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuh zu überweisen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Dem Reichstage liegt eine Parallelvorlage zur Invalidenversicherung vor. Es handelt sich nicht um ein grundlegendes sozialpolitisches Gesetz, sondern nur um ein Notgesetz.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, kleinere Vorlagen, Staatsgerichtshof, Reichsnotopfer, Nachtragsetat. Fortsetzung der gestrigen Beratung.

Karl Gareis Postkarten mit seinem Portrait

erschienen Anfang nächster Woche

Preis: 1 Stück 30 Pfennig 10 Stück 2.— M. 50 Stück 9.— M. 100 Stück 16.— M.

Bestellungen richte man sofort an die Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C2

Breite Straße 8-9

Karl Gareis

Postkarten mit seinem Portrait

erschienen Anfang nächster Woche

Preis: 1 Stück 30 Pfennig 10 Stück 2.— M. 50 Stück 9.— M. 100 Stück 16.— M.

Bestellungen richte man sofort an die Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C2